

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Vda
2.45-670/68

Heft 5

Oktober 1968

4. Jahrgang

Der Bezirk der Oberpostdirektion Braunschweig

Präsident Dipl.-Ing. Karl Wenzlau, Braunschweig

Der OPD-Bezirk Braunschweig ist unter den heutigen geographischen Verhältnissen der Bundesrepublik Teil eines etwas abgelegenen Wirtschaftsraumes, dessen wirtschaftliche und kulturelle Metropole – die östlichste Großstadt der Bundesrepublik und zweitgrößte Stadt Niedersachsens – die alte Welfenstadt Braunschweig ist.

Die natürliche Gliederung des im Südosten des Landes Niedersachsen gelegenen 6773 qkm großen Bezirks ist im wesentlichen durch folgende Dreiteilung gekennzeichnet: den westlichen Teil des Harzes, die Landschaft zwischen Harz und Heide und das Gebiet zwischen Harz und Weser. Dieser räumlich kleine Teil des insgesamt 47382 qkm großen Bundeslandes

Niedersachsen ist ein wirtschaftlicher Schwerpunkt, der sich durch eine Vielfalt an Bodenschätzen, eine hochentwickelte Industrie, eine intensiv betriebene Landwirtschaft sowie durch Wald- und Wasserreichtum auszeichnet. Wegen dieser natürlichen Voraussetzungen konnte sich besonders im Harz, dessen Name von „Hart“ (= Bergwald) abgeleitet ist, ein leistungsfähiges Fremdenverkehrsgewerbe entwickeln.

Der Bezirk Braunschweig ist in seiner faszinierenden Verschiedenartigkeit von Landschaft und Menschen geprägt. Seit alters her haben die Einflüsse verschiedener Stämme diesem Gebiet, das in der Karolingerzeit – besonders aber in der Zeit Heinrichs I. –

Zielgesteuerte Paketverteilanlage beim PA Braunschweig 1 (Vorbereitung zur Pkt-Zust.)



Inhalt

Präsident Dipl.-Ing. Karl Wenzlau, Braunschweig Der Bezirk der Oberpostdirektion Braunschweig	113
Dr. iur. Frieder Lauxmann, Karlsruhe Sackgasse oder Steppe für den höheren Dienst?	119
Dipl.-Ing. Uwe Rabenhorst, Berlin Einige Gedanken zu verschiedenen Ansätzen der Kybernetik	121
Oberpostdirektor E. Schilly Urbs aeterna – Römische Reisenotizen	125
Aus anderen Verbänden	129
Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes	131
Ministerialdirektor a. D. Dr. Lapp Staatssekretär Dr. Sautter	136
Einhundert Jahre Oberpostdirektion Frankfurt am Main	137
Buchbesprechung	139

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem
Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7 38 54 34

Einzelheft: für Mitglieder –,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.

Anzeigenpreisliste 1 – Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 2008 88.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig.
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-
drücklich erwähnt.

Grenzland gewesen ist, einen besonderen Ausdruck
verliehen. Hierdurch erklärt es sich, daß im OPD-
Bezirk Braunschweig nicht das sächsische Haus, das
Wohnung, Viehstallung und Scheune unter einem
Dach vereinigt, sondern das fränkisch-thüringische
Haus vorherrschend ist.

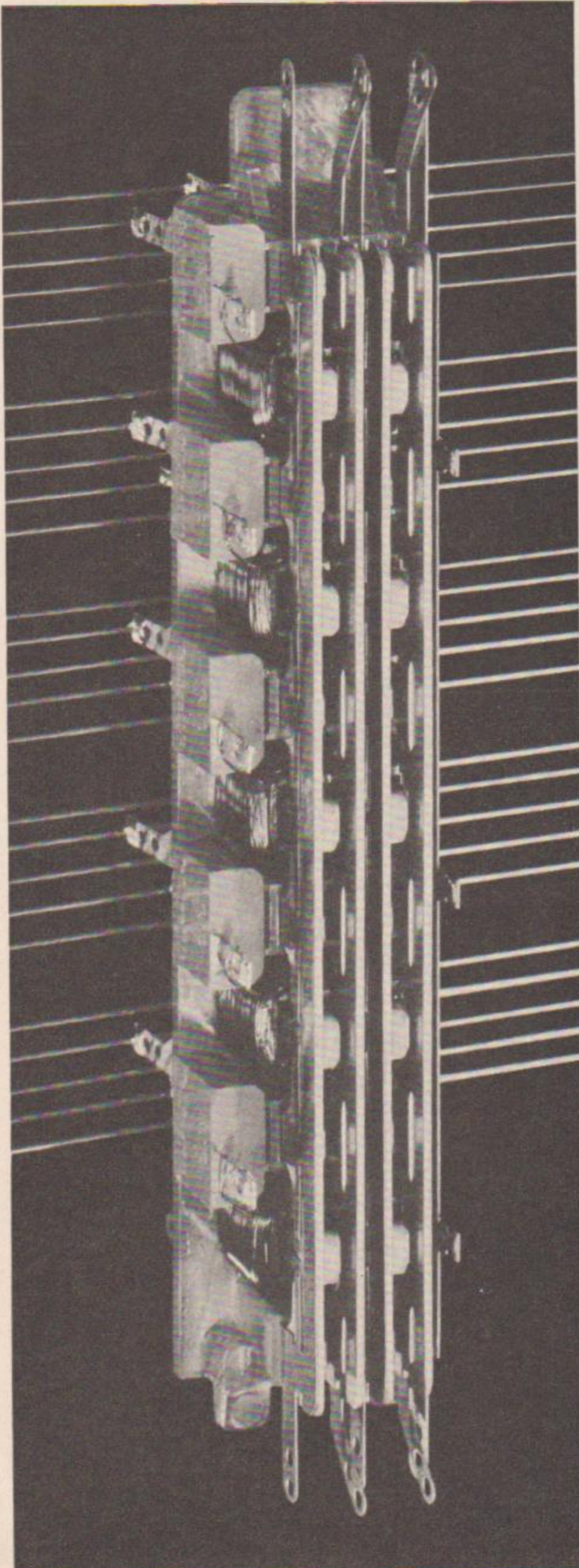
Die größten Städte des OPD-Bezirks – Braunschweig
und Göttingen – sind durch eine bemerkenswerte
Parallelität miteinander verbunden. Beide Städte ent-
standen etwa zur gleichen Zeit an den Kreuzungs-
punkten der wichtigsten und vermutlich auch ältesten
Handelswege, die sowohl am oberen Lauf der Leine
(Göttingen) als auch am Okerübergang bei Braun-
schweig Nord-Süd- wie auch Ost-West-Verbindungen
waren. Es ist eine Tragik der deutschen Geschichte,
daß die West-Ost-Verbindungen dieser beiden Städte
nach rund 1000 Jahren durch Heimkehrertransporte
(Friedland bei Göttingen) und Interzonenverkehr
erneut bedeutungsvoll geworden sind.

Zum Verständnis der Eigenart des jetzt gerade 100
Jahre alten OPD-Bezirks Braunschweig ist ein Rück-
blick in die Geschichte des südöstlichen Nieder-
sachsens unerlässlich. Vor mehr als 1000 Jahren war
der Harz ein nahezu unüberwindliches Naturhindernis.
Die Oker, die jetzt in einem schmalen eingeeengten
Flußbett durch Braunschweig fließt, führte damals
weit mehr Wasser. Der Fluß durchquerte in vielen
Armen ein weites Gebiet, das als großes Sumpf-
gelände nur an wenigen Stellen passierbar war. Bis
hierher dehnte Karl der Große sein Reich aus. Er be-
nutzte die alten Handelswege als Heerstraßen und
war darauf bedacht, alle strategisch wichtigen Punkte
– so die Furten über die Oker – in kaiserlichen Besitz
zu bringen und durch Vögte verwalten zu lassen.
Schon in der damaligen Zeit wurde das Grenzland, in
dem heute der OPD-Bezirk Braunschweig liegt, mit
einem breiten Gürtel von Burgen und Klöstern durch-
zogen. Aus ihnen entwickelten sich später Städte und
Dörfer mit historischer Vergangenheit.

Über die Bedeutung des Grenzlandes zwischen Weser
und Heide ist auch in dem von Eike von Repkow in
den Jahren 1215 bis 1235 geschriebenen „Sachsen-
spiegel“ – dem ältesten Rechtsbuch der Sachsen –
nachzulesen. Hier heißt es u. a.: „Fünf Pfalzen liegen
im Sachsenlande, wo der König Hofstaat hält, die
erste ist Gronau, die andere Werla, bei Goslar ge-
legen, die dritte Walhausen, die vierte Alstedt, die
fünfte Merseburg.“

Die Burg Werla, die schon unter Karl dem Großen
Kaiserpfalz war, zählte in der Tat zu den geschichtlich
bedeutsamsten Stätten des damaligen ostfälischen
Raumes. Bereits im Jahre 924 wurde hier ein gefähr-
licher Ansturm der Ungarn, die die Okerfurt passieren
wollten, von Heinrich I. abgeschlagen.

Die Stadt Braunschweig ist als Residenz Heinrichs des
Löwen, der auch die Städte München und Lübeck
gegründet hat, bekannt geworden. Sie ist nach dem
alten Dorf „Brunswik“ benannt, das, wie die Bezeich-
nung „Wik“ bedeutet, ein Rastplatz (mit Hafen) für
durchreisende Kaufleute gewesen ist. Die Burg Dank-
warderode hat der Stadt, die aus fünf selbständigen
Ortschaften zusammengewachsen ist, den zum Ge-
deihen erforderlichen Schutz geboten. So wurde
Braunschweig schon im Mittelalter zu einer Großstadt,
die sich nach 1260 zum Vorort der Hanse (d. i. wichtig-
ster Ort der Hanse in Niedersachsen) entwickeln
konnte.



ESK

Edelmetall-
Schnellkontakt-
Relais

Grundlage der Siemens-Crosspoint-Technik in modernen Nachrichtenanlagen

ESK-Relais, je fünf Stück zu einer Baugruppe vereinigt, sind ideale Bausteine für Vermittlungseinrichtungen in privaten und öffentlichen Nachrichtennetzen. Sie bilden wirtschaftliche Crosspoint-Koppelfelder, in denen sich jeder Koppelpunkt individuell, ohne mechanische Zwischenglieder schalten läßt. Sie gestatten den freizügigen Aufbau von Koppelfeldern jeder beliebigen Größe und Gruppierung.

Die Vorteile:

- ESK-Relais** schalten in weniger als zwei tausendstel Sekunden und lassen sich unmittelbar durch elektronische Schaltkreise steuern.
- ESK-Relais** haben bis zu 6 Palladium-Silber-Doppelkontakte mit je 20 p Kontaktkraft – sie sichern hochwertige, störungsfreie Verbindungen.
- ESK-Relais** sind klein, leicht und unempfindlich gegen äußere Einflüsse – der ideale Baustein für raumsparende, wartungsfreie Koppelfelder.
- ESK-Relais** arbeiten ohne mechanische Einstellglieder – in ihnen bewegen sich, unmittelbar vom Magnetfeld betätigt, nur die 0,4 g schweren Kontaktzungen.

Millionen ESK-Relais bewähren sich im praktischen Einsatz. Sie ermöglichen neue Konzeptionen, richtungweisend und zukunftsicher.

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

Das Land Braunschweig, das Stammland der Welfen, hat – wie andere deutsche Fürsten- und Herzogtümer – eine wechselhafte Geschichte erlebt. Bis in unsere Tage wird es als leidvoll empfunden, daß es zwischen Barbarossa und Heinrich dem Löwen 1168 zu einem tiefen Zerwürfnis kommen mußte, weil der Kaiser dem Herzog von Sachsen und Bayern die reiche Silberstadt Goslar abgenommen hatte. Hierdurch sollen sich die Beziehungen zwischen dem Stauer und dem Welfen so verschlechtert haben, daß es 1175 zum offenen Bruch kommen mußte, als sich Heinrich der Löwe weigerte, Friedrich I. im Kampf gegen den lombardischen Bund zu unterstützen, da seine Gegenforderung, die Rückgabe Goslars, nicht erfüllt wurde.

Der Erzbergbau wird seit genau 1000 Jahren im Harz – und hier zunächst im Erzbergwerk Rammelsberg bei Goslar – betrieben. Ab 1520 drangen Bergleute in das bis dahin unbesiedelte Gebirge vor und gründeten mit Hilfe der welfischen Landesfürsten die sieben Bergstädte: Clausthal, Zellerfeld, Grund, Lautenthal, Wildemann, Altenau und St. Andreasberg. Bezeichnend ist, daß diese Urbevölkerung des

Harzes, die Bergleute in den sieben Bergstädten, zum überwiegenden Teil von den Herzögen aus Braunschweig aus dem Erzgebirge herbeigeholt waren. So wurde der seit Jahrhunderten im Harzbergbau vorhandene fränkische Einfluß, der sich bis heute in Straßen- und Flurbezeichnungen wie Frankenberger Plan, Frankenberger Straße, Kloster Frankenberg usw. in Goslar erhalten hat, durch die Erfahrung der zugezogenen Bergleute vorteilhaft ergänzt. Das Wasser wurde in den Dienst des Menschen gestellt. Für die „Fahrkunst“ des Bergbaus wurden immer mehr Seen und Teiche – von denen im Harz keiner natürlich ist – benötigt. Noch heute beträgt die Gesamtlänge der Oberharzer Dammgräben, die den Wasserbedarf der Bergwerke regeln – einschließlich der unterirdisch verlaufenden Strecken – 105 km.

Nach 1928 ist der Wasserreichtum des Harzes für große Teile Niedersachsens – sowie für das Land Bremen – lebenswichtig geworden. In den Talsperren des zum Bundesgebiet gehörenden Teiles des Harzes, dem Oderteich und den Talsperren der Oder, Ecker, Söse, Oker, Innerste und Grane können zusammen rund 170 Millionen cbm Wasser gespeichert werden.



Richtfunkstelle Torfhaus im Harz

Autobahnkontrollpunkt
Helmstedt – Zonengrenze

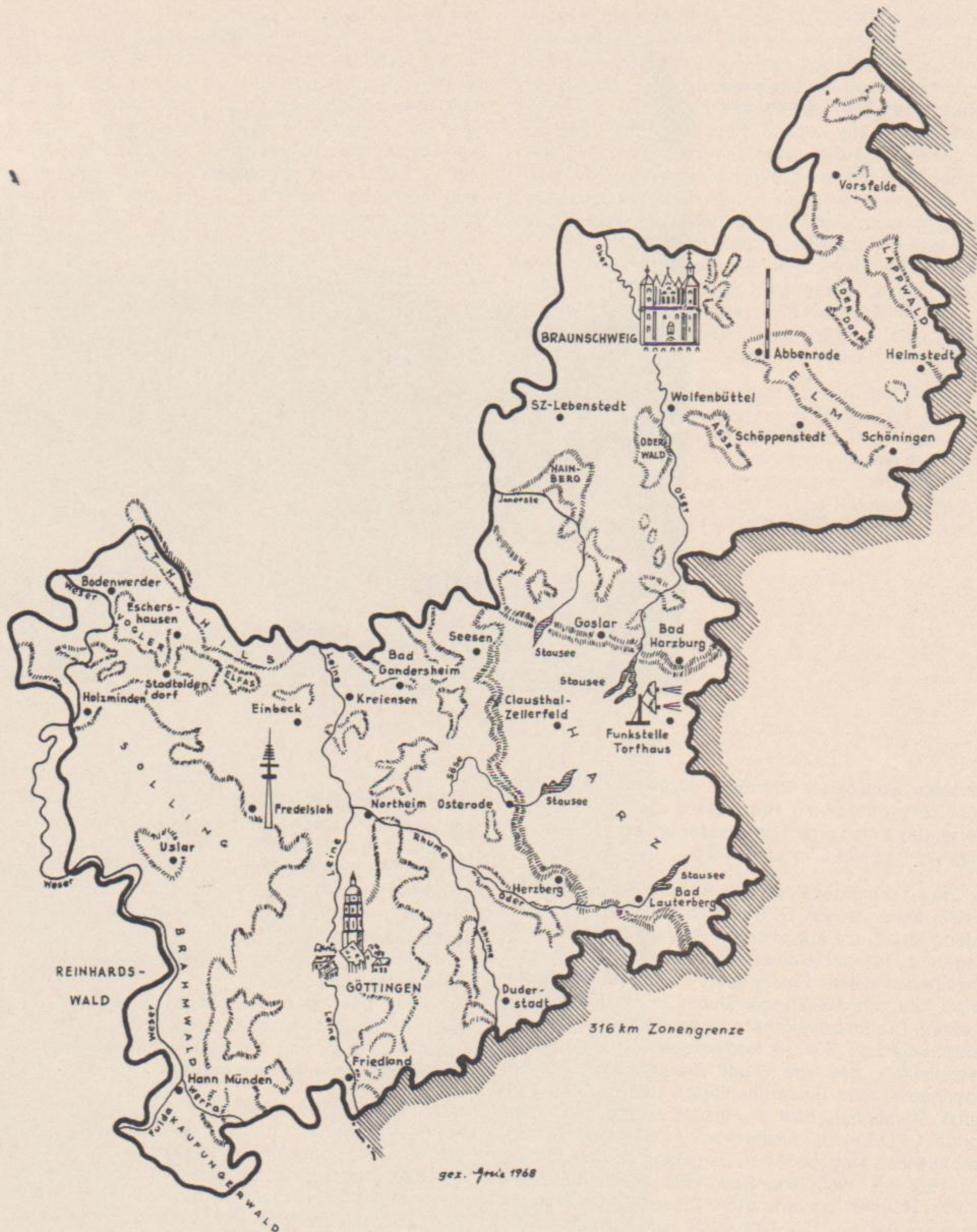


Manchem Einwohner Bremens dürfte es kaum bekannt sein, daß er mit Harzwasser aus der Sösetalsperre, das durch eine Trinkwasserleitung von 209 km Länge zu ihm fließt, versorgt wird.

Die Entwicklung der Post- und Fernmeldedienste war in dem dynamischen OPD-Bezirk Braunschweig von Anfang an auf die spezifischen Belange der Bevölkerung und der hochintensiven Wirtschaft abgestellt. Einzelheiten dieser Entwicklung können in der Festschrift, die zum 100jährigen Jubiläum der Oberpostdirektion Braunschweig herausgegeben wurde, nachgelesen werden. Für die Nachkriegsgeschichte bleibt festzustellen, daß die Stadt Braunschweig, deren Wohnhäuser und Industrieanlagen zum größten Teil durch Bombenangriffe vernichtet waren, wie der übrige OPD-Bezirk, nichts von ihrem Lebens- und Aufbauwillen eingebüßt hat. Es gelang, in den Jahren von 1939 bis 1950 eine Bevölkerungszunahme von 66 vom Hundert zu verkräften. Dieser Bevölkerungszuwachs, der auf die Aufnahme von Heimatvertriebenen zurückzuführen ist, ist in dem erneut zum Grenzland gewordenen Südostniedersachsen ohne Beispiel. Die Teilung Deutschlands zeigt in diesem Bezirk für den einzelnen wie für die Gesamtheit eine besondere Härte: Hier wird die Trennung von nahen Angehörigen, das Fehlen von Teilen eines zusammenhängenden Lebens- und Wirtschaftsraumes am eigenen Leibe erfahren. Durch die Vorverlegung der sowjetischen Besatzungszone wurde Anfang Juli 1945 der südliche Teil des Bezirks abgeschnitten. Dennoch haben sich die im OPD-Bezirk Braunschweig tätigen Postangehörigen, von denen wiederum ein großer Teil zu den als Neubürger eingegliederten Heimatvertriebenen gehört, in dieser schrecklichen Zeit hervorragend bewährt.

In der Festansprache zum 100jährigen Bestehen der Oberpostdirektion Braunschweig hat Bundespostminister Dr. Werner Dollinger am 12. Januar 1968 zum Ausdruck gebracht, daß nicht Umfang und Größe eines OPD-Bezirks Qualifikationsmerkmale für den gegenwärtigen Stand der Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens sind. Gerade der OPD-Bezirk Braunschweig, der – gemessen an seiner flächenmäßigen Ausdehnung, seiner Bevölkerung und seinem Personalbestand – zu den kleineren Direktionsbezirken der Deutschen Bundespost zählt, zeichnet sich nach den Worten des Bundespostministers durch eine sehr gute postalische und fernmeldetechnische Versorgung aus.

Nach Jahren harter Aufbauarbeit kann rückblickend festgestellt werden, daß die DBP dem Bezirk Braunschweig, der durch eine 316 km lange Zonengrenze von dem anderen Teil Deutschlands abgeschnitten ist, besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Hierdurch hat die DBP erheblich dazu beigetragen, daß dieser Raum an der Zonengrenze wirtschaftlich, bevölkerungsmäßig und kulturell nicht abgebaut wurde, sondern an der Entwicklung im übrigen Teil der Bundesrepublik teilhaben konnte. Hierzu waren erhebliche Investitionen erforderlich. In den Jahren von 1959 bis 1966 wurden für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für Instandsetzungen von Dienstgebäuden insgesamt 66,2 Millionen DM verausgabt. Das größte Projekt aller Postneubauten im OPD-Bezirk ist das Großbauvorhaben „Neubau von Postdienstgebäuden am neuen Hauptbahnhof“ in Braunschweig. Von diesem in 5 Bauabschnitte aufgeteilten Bauvorhaben sind 2 Bauabschnitte fertiggestellt. In diesem Jahr wird der 3. Bauabschnitt begonnen werden, der eine neue Postfachanlage, Paketausgabe,



Zeitungsstelle und Geld- und Wertstelle vorsieht. Das hier im Bau befindliche Postamt Braunschweig ist nach seiner architektonischen Gestaltung und nach seiner maschinentechnischen Ausstattung eines der modernsten Postämter Europas und das einzige Postamt, das eine solche Fülle von technischen Anlagen in sich vereinigt. Es ist schon jetzt soweit fertiggestellt, daß immer mehr ausländische Besucher zu Studien- und Informationsbesuchen nach Braunschweig kommen, um sich die Arbeitsweise der zielgesteuerten Paketverteilanlage und der automatischen Briefverteilanlage erklären zu lassen.

Auch auf dem Gebiet des Fernsprechwesens konnten während der letzten Jahre beachtliche Erfolge erzielt

werden. Innerhalb von 3 Jahren stieg die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse von 89 500 (1964) um rund 37 % auf 120 800 (Ende 1967) an. In diesem Jahr sollen im OPD-Bezirk weitere 14 400 Fernsprechhauptanschlüsse (Zuwachsrate = 12 %) eingerichtet werden.

Auf Grund der topographischen Verhältnisse und seiner geographischen Lage wurde der OPD-Bezirk Braunschweig für die modernste Art der West-Ost-Verbindungen ausgewählt. Von der Funkstelle Torfhaus werden Überreichweiten-Richtfunkanlagen betrieben, die dem Nachrichtenverkehr von und nach Berlin dienen. Hierfür werden u. a. zwei Parabolspiegel-Antennen mit einem Durchmesser von je 18 m

verwendet. Zwischen Berlin und dem Torfhaus bestehen nach der Inbetriebnahme dieser Anlage insgesamt 1680 Fernsprechkkanäle. Außerdem können je zwei Fernsehprogramme in jeder Richtung übertragen werden. Weiter ist erwähnenswert, daß die Funkstelle Torfhaus Übergabestelle für den Fernsehprogramm-austausch Ost-West, also zwischen „Intervisionsnetz“ und dem „Eurovisionsnetz“ ist.

So wie im vorigen Jahrhundert die Stationen der optischen Telegraphenlinie Berlin – Köln, die den OPD-Bezirk Braunschweig durchquert hat, Sinnbilder einer schnellen Nachrichtenübermittlung gewesen sind, so sind in unserer Zeit die zahlreichen und weit sichtbaren Sende- und Empfangsanlagen Zeugen einer modernen Nachrichtentechnik. Die markantesten Anlagen dieser Art sind der Mittelwellen-Rundfunk-sender Braunschweig-Abbenrode (Deutschlandfunk), dessen höchster Turm 240 m mißt, sowie der 145 m hohe und etwa 3200 t schwere Stahlbetonturm des Senders Fredelsloh bei Göttingen. Außerdem werden schon jetzt 17 Fernsehfrequenzumsetzer innerhalb des OPD-Bezirks betrieben, die den Großteil des Harzes mit dem 2. Fernsehprogramm versorgen. In diesem Jahr ist der Bau weiterer Fernseh-Füllsender geplant.

Die Hauptaufgabe der Oberpostdirektion Braunschweig liegt darin, mit einem leistungsfähigen Nachrichtenwesen die Verbindungen nach allen Richtungen – vornehmlich aber den West-Ost-Verkehr – aufrechtzuerhalten. Dieses ist angesichts der unglücklichen Grenze nicht immer leicht, zumal die postalische

Vereinigte Bauunternehmen OHG

6333 Braunfels/Lahn



TIEFBAU

Kabelverlegung

Erdbohrungen

BRAUNFELS

Telefon 06442/4548

Zweigstelle Hundstadt · Telefon 06086/374

Arbeit an sich keine Grenzen verträgt. Es ist die Hoffnung aller in diesem Bezirk tätigen Postangehörigen, den „Dienst am Kunden, die Verbindung zwischen den Menschen“ ungehindert ausüben zu können. In dem Bewußtsein des guten Dienstes für die Allgemeinheit werden alljährlich im Weihnachtsverkehr große Leistungen erbracht, wenn die Wogen der Geschenksendungen in den Ämtern der grenznahen Oberpostdirektion Braunschweig überarbeitet und weitergeleitet werden müssen.

Sackgasse oder Steppe für den höheren Dienst?

Vorschläge zur „Aufwertung“ des höheren Dienstes

Dr. iur. Frieder Lauxmann, Karlsruhe

„Quo vadis, höherer Dienst?“ fragt OPR Dipl.-Ing. Pickert im Maiheft des Nachrichtenblattes. Er erwähnt dabei das Wort Sackgasse. Wertet man aber den Beitrag als Ganzes, so hat man eher den Eindruck, Pickert sehe den höheren Dienst auf einen steilen Abgrund zusteuern. Ob es da noch ein Bremsen gibt, wer weiß? Eines steht fest, wenn die Entwicklung so weitergeht, dürfen wir unsere berufliche Zukunft nicht rosig sehen. Viele meinen nun, das Allheilmittel gegen die berufliche Verkümmern des höheren Dienstes sei die Weiterbildung, bzw. eine verbesserte Spezialausbildung. Daß aber zur fachlichen Weiterbildung des höheren Postdienstes nichts wesentliches getan wird, hat seinen tieferen Grund darin, daß ihm ein erweitertes Fachwissen in der Praxis gar nicht abverlangt wird.

Was nützen die neuesten betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse, wenn z. B. dem Amt lediglich vorgeschrieben wird, an welchem Tag, zu welcher Zeit es was zu zählen hat? Was nützen auf unterer Ebene Erfahrungen in der Arbeitsplatzgestaltung, wenn die ganze Einrichtung genormt geliefert wird. Wozu dient Bescheid wissen über moderne Werbemethoden, wenn die Zündholzbriefchen zentral für das ganze Bundesgebiet beschafft werden? Wen verlangt es nach Weiterbildung, wo Fachwissen nur ein Luxus ist?

Weiterbildung ist harte Arbeit und harte Arbeit befriedigt nur dann, wenn wir ihren Sinn und Nutzen einsehen. Oder, anders gesagt, wir bilden uns nur dann mit Erfolg weiter, wenn wir einsehen, daß wir unsere Arbeit ohne eine solche Weiterbildung einfach nicht mehr richtig versehen können; wenn uns unter dem Druck der Verhältnisse nichts anderes mehr übrigbleibt. Aber wie ist es jetzt? Wer will kochen lernen, wenn ihm das Menü täglich auf den Schreibtisch serviert wird? Das ist es nämlich. Eigentlich haben wir ja auch das Kochen gelernt. Statt dessen müssen wir im Dienst nur verdauen. Und wenn es dann irgendwo doch mal ein Süppchen zu kochen gibt, stehen gleich zehn Leute um den Herd herum. Verdauen ist zwar manchmal auch sehr anstrengend, dabei gibt es aber gelegentlich Verstopfung . . .

Solche Probleme gibt es nicht nur bei der Post. Die Entwicklung zur weiteren Kompetenzverkümmern wird auch in anderen Bereichen der Verwaltung erkannt. So schildert z. B. Siburg in der Zeitschrift für Beamtenrecht (1967, Seite 295) diesen Zustand folgendermaßen:

Was letztlich – jedenfalls unterhalb der Ministerialebene – bleibt, ist Gesetzesvollzug und Ausführung im Instanzenzug anderweitig gegebener Anordnungen.

Auch der höhere Dienst bei der Post wandelt sich immer mehr vom anordnenden zum vollziehenden Organ. Das wäre an und für sich für manche noch kein beklagenswerter Zustand, zumal vor allem die juristische Ausbildung (leider) noch immer vorwiegend auf die Gesetzesvollziehung abgestellt ist. Andererseits muß doch erkannt werden, daß der Spielraum, innerhalb dessen vollzogen wird, allmählich recht eng geworden ist und noch enger zu werden droht. Lassen wir mal die schon erwähnten zentralistischen Zündholzbriefchen aus dem Spiel. Auch sonst ist es doch so, daß viele BPM-Verfügungen etwas reglementieren, was bisher dem Ermessen eines Referenten oder Amtsvorstehers überantwortet war. Das bedeutet auf unterer Ebene: Statt nachdenken – nachlesen.

Wohin soll nun also der höhere Dienst geleitet werden? Ausbildung alleine tut es jedenfalls nicht. Auch wenn schon gutgemeinte Vorschläge zur Debatte stehen; die weitere Ausbildung hat erst dann einen Sinn, wenn auch in der Tätigkeit der fortschreitenden Horizontverengung Einhalt geboten werden kann und auf unterer Ebene wieder eine größere, selbstverantwortliche Bewegungsfreiheit besteht. Vorschläge, die diesen letzten Punkt nicht berücksichtigen, bringen nichts ein. Denn die horizontale und vertikale Aufsplitterung der Zuständigkeiten in einem Mammutbetrieb wie der Deutschen Bundespost ist so groß, daß der einzelne höhere Beamte – und sei er noch so gut aus- und fortgebildet – nicht allzuviel mit seiner Weisheit anfangen darf, wenn er seinem Nachbarn nicht auf die Zehen treten möchte.

Was rettet uns vor der Versteppung unseres Arbeitsgebietes? Gewiß, eine weitere Ausbildung mag nützlich sein, wichtiger aber ist, daß die Art der Tätigkeit des höheren Dienstes geändert wird. Das moderne Spezialwissen kommt dann von selbst. Mag diese Forderung auch manchem als Illusion erscheinen, hier liegt doch der Kern. Dem Hörensagen nach soll es bei der Post einen Referenten geben, der sich mit seinen Sachbearbeitern lediglich über die Zeichensetzung in den vorgelegten Entwürfen und natürlich über das Wetter unterhält. Wenn ihn ein Kollege etwas fragt, was in den Bereich seines Referates fällt, nennt er diesem allenfalls die Telefonnummer des „zuständigen“ Sachbearbeiters. – Natürlich gibt es diesen Kollegen nicht! (?) Aber, gesetzt den Fall, es gäbe ihn wirklich, würde das denn so arg auffallen? Es läuft doch alles bestens. Anscheinend kommt es auf die Qualität des Einzelnen gar nicht so sehr an, wie man sich das vorstellt. Diesen Zustand hat Bundespostminister Dr. Dollinger in seinem Diskussionsbeitrag auf dem Regensburger Vertretertag treffend gekennzeichnet, indem er sagt (Nachrichtenblatt Nr. 4/68, Seite 90):

Wir haben doch die gefährliche Situation, nach und nach so zu tun, wie wenn jeder alles gleich gut können würde, obwohl das einfach der menschlichen Natur widerspricht.

Aber gerade, daß man bei der Post so tun kann, als ob, rührt doch auch von unserer bis in die kleinsten Verästelungen reglementierten Kompetenzverteilung her. Wer wirklich mehr kann, als der andere, darf und kann es kaum zeigen. Stellen wir uns dagegen z. B. einen Rechtsanwalt vor. Der merkt es sehr wohl, ob er Erfolg hat, oder ob die Klienten ausbleiben.

Es gibt theoretisch zwei Möglichkeiten, hier eine wesentliche Änderung herbeizuführen. Ob diese Wege

gangbar, ja überhaupt letztlich erstrebenswert sind, ist eine andere Frage. Zumindest sollte man darüber nachdenken. Der erste Weg ist der der größeren Freiheit unterer Instanzen. Das braucht kein Weg zurück zu sein, es müßte in erster Linie grundlegend neu organisiert werden: Kleinere Einheiten mit umfassenden Aufgaben. Die übergeordnete Instanz müßte mehr beratende und weniger anordnende Funktionen ausüben. Dies sollen nur vorsichtige Stichworte und kein Lösungsvorschlag sein. Natürlich müßte bei einer wie auch immer gearteten Dezentralisierung das Posthaushaltswesen gründlich geändert werden. Denn die größere Bewegungsfreiheit auf unterer Ebene müßte in erster Linie auch eine finanzielle sein. Unser kameralistisches System hat schon manche gute Idee und manchen nützlichen Impuls einfach deshalb im Keime erstickt, weil er nicht schon zwei Jahre im voraus geplant war. Kann sich denn ein moderner Betrieb in einer Zeit, in der Entwicklungen immer schneller ablaufen, ein solches Haushaltssystem überhaupt noch leisten? Die Folge der Dezentralisierung wäre, daß künftig mehr als bisher „gute“ und „weniger gute“ OPDn und Ämter zu erkennen wären. Die Bundeseinheitlichkeit wäre auf manchen Gebieten eingeschränkt. Kann man diese Konsequenzen eventuell in Kauf nehmen?

Der zweite Weg mag darin gefunden werden, daß Entwicklungsaufgaben in verstärktem Maße von höheren Beamten bei Direktionen und Ämtern bearbeitet werden. Persönliche Begabung und berufliche Erfahrung müßten auf diese Weise individuell erkannt und wirksam nutzbar gemacht werden, ohne daß die Routinearbeit des betreffenden Beamten darunter zu leiden brauchte. Im Gegenteil, es kann zu einem nützlichen Zusammenwirken von Alltagsarbeit und Entwicklungstätigkeit kommen, eine dient der anderen. Das BPM und das PTZ bzw. FTZ könnten dadurch in vielem entlastet werden. Die Spezialisten säßen dann also, je nach Begabung und Tätigkeit über das ganze Bundesgebiet verstreut und würden teils ausführende, teils planende, entwickelnde oder wissenschaftliche Verwaltungsarbeit leisten. Daß so etwas möglich ist, beweisen die vielen Professoren, die neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit manchmal ungeheure Verwaltungsarbeit für eine Fakultät, eine Klinik oder ein Institut leisten. Eine weitgestreute Verteilung von Spezialaufgaben könnte den höheren Dienst insgesamt aufwerten. Dazu kommt, daß die Deutsche Bundespost hier fast ohne zusätzliche Kosten Quellen erschließen kann, die sie zu ihrem Schaden vielfach versiegen läßt.

Natürlich eignet sich nicht jeder für solche Aufgaben. Aber der Anteil der Geeigneten läßt sich heben, wenn künftig vor der Einstellung das Augenmerk auf eine entsprechende Begabung gerichtet wird.

Eine solche Dezentralisierung von ministerieller Tätigkeit wäre auf vielen Gebieten möglich, ohne daß damit eine Einbuße an Verwaltungswirksamkeit hin genommen werden müßte, denn der Einsatz und die Koordinierung dieser Spezialtätigkeiten wäre nach wie vor Aufgabe der Zentralinstanz.

Beiden hier skizzierten Vorschlägen ist das eine gemeinsam: Sie gehen auf Kosten der oberen Instanzen. Nicht auf Kosten ihrer Macht, wohl aber auf Kosten ihres Personalbestandes. Darüber sollte man sich im klaren sein: Zugeständnisse müssen also bei einer Neuordnung von dort kommen, wo sie geplant werden muß.

Einige Gedanken zu verschiedenen Ansätzen der Kybernetik

Dipl.-Ing. Uwe Rabenhorst, Berlin

„Kybernetik, Zusammenfassung mehrerer Wissenschaftsgebiete aus Technik, Biologie, Soziologie und Psychologie, die Steuerungs- und Regelungsvorgänge behandeln. Die Begriffe, Theorien und Verfahren der *Regelungstechnik* werden auf biologische, soziologische und psychologische Regelungsvorgänge übertragen. Aus ähnlichem Verhalten bei Modellen und Lebewesen kann man auf ähnlichen Aufbau und Arbeitsweise schließen.“ Diese Definition findet man in „Der Neue Brockhaus“ (1964).

Dem Leser ohne alle Vorinformation – insbesondere dem Nicht-Techniker, an den ich mich hier wenden will – wird jene Erklärung nicht viel weiterhelfen. Er wird nicht umhin kommen, sich mit den Quellen dieser Disziplin auseinandersetzen zu müssen.

Im Jahre 1948 erschien ein Buch des amerikanischen Mathematikers Norbert Wiener mit dem Titel „Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine“. Der deutschen Ausgabe dieses Werks (Econ 1963) entstammt der folgende Passus:

„Wir haben beschlossen, das ganze Gebiet der Regelung und Nachrichtentheorie, ob in der Maschine oder im Tier, mit dem Namen ‚Kybernetik‘ zu benennen, den wir aus dem griechischen ‚Kybernetes‘ oder ‚Steuermann‘ bildeten. Durch die Wahl dieses Ausdrucks möchten wir anerkennen, daß die erste bedeutende Schrift über Rückkopplungsmechanismen, ein Artikel über Fliehkraftregler von Clerk Maxwell, im Jahre 1868 veröffentlicht wurde, und dieses englische Wort ‚Governor‘ für Fliehkraftregler ist von einer lateinischen Verfälschung von Kybernetes abgeleitet. Wir wollen auch auf die Tatsache verweisen, daß die Steuermaschine eines Schiffes tatsächlich eine der ersten und am besten entwickelten Formen eines Rückkopplungsmechanismus ist.“

Haben wir gehofft, bei diesem Quellenstudium einer Definition der Kybernetik auf die Spur kommen zu können, so müssen wir jetzt einsehen, daß dies ohne Kenntnis einer Reihe von regelungs- und nachrichtentechnischen Begriffen unmöglich ist. Es empfiehlt sich, diese Begriffe an dem von Wiener selbst gegebenen Beispiel zu studieren.

Der Steuermann auf der Brücke steht mit der System-Umwelt auf dreifache Art in Verbindung.

Vom Kapitän erhält er die Anweisung, einen bestimmten, ihm vorgegebenen Kurs zu steuern. Dieser Kurs ist unabhängig von allen störenden Einflüssen (z. B. Wind, Strömung) einzuhalten. Ein entsprechender Zahlenwert, hier die genaue Angabe einer Himmelsrichtung, bildet den sog. *Sollwert*. Im Blickfeld des Steuermanns steht ein Kompaß, auf dem er den tatsächlichen Kurs ablesen kann. Die quantitative Angabe dieses Kurses ist der sog. *Istwert*.

Der Steuermann *vergleicht* Ist- und Sollwert und stellt gegebenenfalls eine *Abweichung* zwischen beiden Werten fest. Die Tätigkeit des Steuermanns beschränkt sich nicht auf diesen mehr passiven Vergleich. Ihm obliegt es, nun aktiv in das Geschehen einzugreifen, indem er mit der Ruderanlage versucht, die *Abweichung zwischen Ist- und Sollwert zu ver-*

ringern. Dabei muß er sich in zwei Richtungen konzentrieren, aktiv auf die Verstellung des Ruders und passiv auf die ihm vom Kompaß übermittelten *Signale* über die Auswirkung seiner Ruderstellung.

Mit dem Wort *Signal* ist hier ein erster Begriff der Nachrichtentechnik gefallen. Daß nachrichtentechnische Termini hier relevant sind, zeigt neben der Definition Wieners auch eine Erweiterung seines Beispiels.

Man könnte an eine Arbeitsteilung zwischen Steuermann und Rudergänger denken. Dabei hat sich der Steuermann auf den Vergleich zwischen Soll- und Istkurs, der Rudergänger auf die Ruderbetätigung zu konzentrieren.

Die Funktion dieser Anordnung bedingt einen Nachrichtenaustausch zwischen Steuermann und Rudergänger, der im Extremfall einsinnig auf den Rudergänger gerichtet sein kann. Ob die über diesen Kommunikationskanal übermittelten Nachrichten die Form von akustischen, optischen, elektrischen oder beliebigen anderen Signalen besitzen, ist für die Funktion des Systems prinzipiell uninteressant.

In Nachrichten- und Regelungstechnik ist man gewohnt, Wirkungsabläufe in Form sog. Blockdiagramme darzustellen. Wir wollen am Beispiel des Blockdiagramms für die Kursregelung noch einige grundlegende Begriffe der Kybernetik kennenlernen.

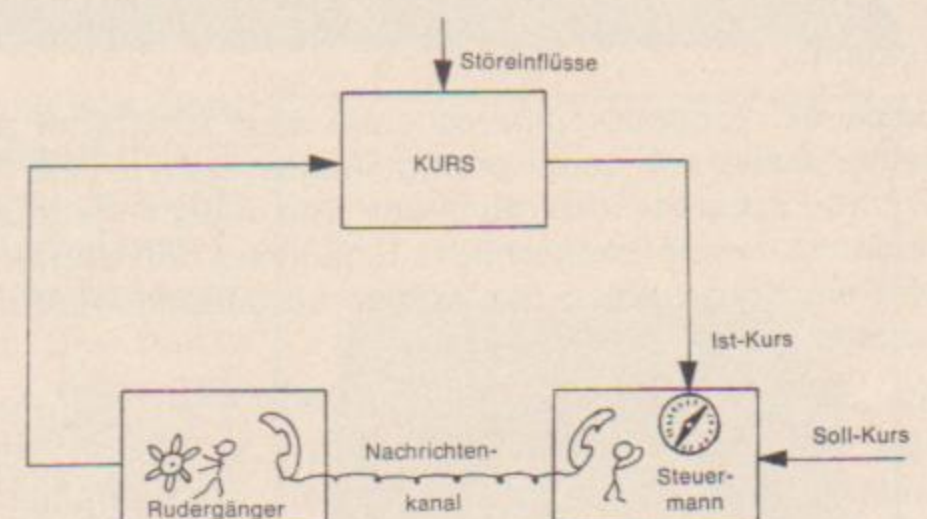


Bild 1

Das Diagramm läßt einen in sich geschlossenen Wirkungsablauf erkennen. Eine solche Struktur ist typisch für alle Regelungsvorgänge. Definiert man willkürlich die Änderung irgendeiner Größe innerhalb des Wirkungskreises als Ursache, so ist für derartig geschlossene Systeme typisch, daß die entstehende Wirkung auf die Ursache selbst wieder Einfluß nimmt. In der Technik bezeichnet man einen solchen Zusammenhang als *Rückkopplung*. Je nachdem, ob die entstehende Wirkung die ursächliche Änderung verringert oder verstärkt, spricht man von *Gegenkopplung* oder von *Mitkopplung*.

Gegenkopplung ist das Urprinzip jeder Regelung. Da unter ungünstigen Bedingungen eine Gegenkopplung ohne Änderung der Struktur der Anordnung oder ihrer Elemente in eine Mitkopplung umschlagen kann, besteht für alle Regelkreise die Gefahr instabil

zu werden, d. h. sog. *Regelschwingungen* zu zeigen. Dies ist nicht auf technische Regelkreise beschränkt. Jedermann kennt den Vorgang, daß zwei Personen, die sich auf der Straße begegnen, in eine Pendelbewegung geraten, wenn sie sich nicht frühzeitig auf einen Kurs geeinigt haben, bei dem eine Kollision ausgeschlossen ist. Auch dies ist eine Regelschwingung.

Mit der Kursregelung haben wir ein erstes *kybernetisches* System kennengelernt. Es ist nicht der Sinn dieses Aufsatzes, die folgenden Seiten mit einer Aufzählung weiterer kybernetischer Systeme zu füllen. Wir wollen uns darauf beschränken, ein anderes Beispiel anzugeben.

Die Volkswirtschaft ist ein solches Beispiel; es ist jedoch zu bemerken, daß sie ein hochgradig komplexes kybernetisches System ist, wenn man den Grad der Komplexität an der Zahl der ineinander vermaschten Rückkopplungskreise mißt.

Auch die Volkswirtschaft neigt zu Regelschwingungen, die als Wellenbewegung eines nicht antizyklisch gesteuerten Wirtschaftssystems bekannt sind.

Man kann es als ein prinzipielles Ziel der Technik ansehen, den Menschen besser an seine Umwelt anzupassen, als er es von Natur aus ist. Ein wesentliches Teilziel ist es dann, den Menschen zunächst von ermüdender körperlicher und schließlich auch von nervenaufreibender geistiger Arbeit im Umgang mit seiner Umwelt freizustellen.

Auf unser Beispiel angewandt heißt das, einen Mechanismus zu konstruieren, der die Funktionen von Steuermann und Rudergänger ohne Eingriff eines Menschen – also automatisch – erfüllt. Solche Mechanismen gibt es seit längerer Zeit; sie sind z. B. im Bereich der Luftfahrt unter dem Namen „Autopilot“ bekannt.

Solch ein Autopilot unterscheidet sich strukturell in keiner Weise von dem Kursregelungssystem in Bild 1. Er unterscheidet sich qualitativ von diesem jedoch dadurch, daß der menschliche Einfluß auf den Entwurf und die Konstruktion der Anlage beschränkt werden konnte.

Die in der Regelungstechnik entwickelten Begriffe und Methoden begannen vor etwa 30 Jahren auf andere, nichttechnische Disziplinen auszustrahlen. Das hat zu einer Reihe neuer Definitionen der Kybernetik geführt, die zumindest darin übereinstimmen, daß die Definition vom Standpunkt der jeweiligen eigenen Disziplin angestrebt und somit versucht wird, die Kybernetik ins eigene Fachgebiet zu integrieren. Das gilt für die eingangs zitierte Definition N. Wieners – der sich auf Regelungs- und Nachrichtentechnik beschränkt – ebenso, wie für die Definition R. Wagners – eines Biologen –, der wie Wiener als Pionier der Kybernetik angesprochen wird: „Man kann also von biologischer Regelung, bzw. von Kybernetik dann sprechen, wenn ein System folgendermaßen organisiert ist: Eine Größe, die z. B. konstant gehalten werden soll, wird durch einen Fühler kontrolliert. Dieser meldet einer Zentralstelle das Ergebnis durch Signale. Diese Zentrale veranlaßt wiederum durch Signale einen Verstellmechanismus, die vom Fühler kontrollierte Größe zu ändern. Wenn die kontrollierte Größe zunimmt, dann veranlaßt die Zentrale ihre Abnahme, wenn die kontrollierte Größe aber abnimmt, veranlaßt die Zentrale ihre Zunahme. Eine Einrichtung, die derart funktioniert, funktioniert im Sinne

der Kybernetik.“ (Zitiert nach einem Vortrag in der RIAS-Funkuniversität aus dem Jahr 1963.)

Fragt man nach den Ursachen für die Ausstrahlungskraft der in der Regelungstechnik entwickelten Konzepte, so stößt man auf den im Wiener-Ansatz der Kybernetik zentralen Begriff der *Analogie*.

Schon seit langem sind Analogien zwischen verschiedenen Bereichen der Physik bekannt. Sie manifestieren sich in einer Gleichartigkeit der Strukturen von Differentialgleichungen, die diese verschiedenen Erscheinungen mathematisch beschreiben.

Die neue Erkenntnis Wieners und seiner Schule war, daß Analogien auch über den Bereich der unbelebten Natur hinaus zu Bereichen des organischen Lebens bestehen.

Die Kybernetik Wieners und seiner Anhänger – ich möchte sie kurz die „amerikanische Schule“ nennen, obgleich das nur den Ausgangspunkt, nicht die weitere Entwicklung trifft – beschränkte und beschränkt sich noch heute darauf, derartige Analogien aufzudecken und in irgendeiner Weise technisch z. B. Biotechnik, kybernetische Modelle, Elektronenrechner) oder z. B. organisch-soziologisch (N. Wiener „Mensch und Menschmaschine“) auszuwerten.

Dabei ist für diese amerikanische Schule eine gewisse unkritische Benutzung des Analogiebegriffs typisch, für die deren positivistische Grundhaltung verantwortlich zu machen ist.

Logisch werden mehrere Analogiearten unterschieden:

- a) die funktionelle Analogie,
- b) die strukturelle Analogie,
- c) die Isomorphie.

Zwei Systeme stehen in der Beziehung der funktionellen Analogie, wenn sie unabhängig von Unterschieden in der Art und der Struktur ihrer Elemente gleichartige Funktionen zeigen. So besteht z. B. funktionelle Analogie zwischen einer Neuronen-anordnung im Gehirn und einer logischen Schaltung der Elektronik.

Strukturelle Analogie geht weiter, da sie eine Übereinstimmung in der Struktur der Elemente erfordert. Besteht ein Unterschied nur in der Art der Elemente, nicht aber in ihrer Anzahl und der Verknüpfungsweise, so spricht man von Isomorphie. In dieser Beziehung stehen z. B. ein mechanischer und ein entsprechender elektrischer Schwingungskreis.

Die Verwechslung dieser qualitativ unterschiedlichen Analogiearten, insbesondere der Schluß, daß bei Vorliegen funktioneller Analogie („Black-box-Denken“) notwendigerweise eine Isomorphierelation zwischen den verglichenen Systemen bestehen müsse, hat zu Folgerungen geführt, die nicht aufrechterhalten werden können (z. B. Steinbuchs „Maschinen mit Bewußtsein“). Eine Folge jener unkritischen Extrapolationen ist die Furcht, mit der ein breites Publikum künftigen Entwicklungen der Kybernetik entgegen sieht.

Ist bisher nur von der amerikanischen Schule die Rede gewesen, so weist allein diese Abgrenzung auf das Bestehen mindestens einer anderen Denkrichtung in der Kybernetik hin.

Zu gleicher Zeit – vielleicht auch schon etwas früher als in Amerika (Prioritätsfragen spielen wegen der durch den zweiten Weltkrieg gegebenen Unabhängigkeit der Entwicklungen keine Rolle) – entstand in



**Wir sorgen dafür:
gerade geschrieben –
im Handumdrehen
angekommen.**

Gerade geschrieben – schon angekommen. Das ist Fernschreiben! Blitzschnelle Nachrichtenübermittlung, Sicher und rationell. Fernschreiber von SEL stehen in aller Welt. Helfen Nachrichtenagenturen, mit den Ereignissen Schritt halten. Meistern die Entfernung zwischen Geschäftspartnern.

Unternehmen der Nachrichtentechnik müssen so international sein wie ihr Tätigkeitsfeld. SEL gehört seit 1928 zum Firmenverband der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT), dem heute über 200 Firmen mit 235.000 Mitarbeitern angeschlossen sind. Wissenschaftler und Techniker tauschen ihre Erfahrungen in For-

schung und Entwicklung aus. Über die Hälfte des gesamten Entwicklungsaufwandes kommt aus den europäischen ITT-Unternehmen. SEL kann also internationale Höchstleistungen für die ganze Nachrichtentechnik erbringen: Fernsprechtechnik · Eisenbahnsignaltechnik · Fördertechnik und Postautomation · Weitverkehr und Navigation · Fernschreib- und Datentechnik · Kabel und Leitungen · Bauelemente · Rundfunk-, Fernseh-, Phono-Geräte der Marke ITT Schaub-Lorenz.

Standard Elektrik Lorenz AG
7 Stuttgart-Zuffenhausen
Tel.: *(07 11) 82 11, Telex: 7 22 861



Im weltweiten **ITT** Firmenverband



Berlin ein Ansatz zu der Disziplin, die damals „Allgemeine Regelkreislehre“ genannt wurde und die man heute Kybernetik nennt.

Auch hier war die Entdeckung von Analogien zwischen den Bereichen der unbelebten und der belebten Natur Ausgangspunkt der Entwicklung. Die von Hermann Schmidt – dem Berliner Physiker und Regelungstechniker, der heute als der deutsche Pionier der Kybernetik anerkannt wird – entwickelten Gedanken bleiben jedoch nicht bei den einmal erkannten Analogien stehen. H. Schmidt versucht, die Kybernetik auf eine anthropologische Basis zu stellen, ihr den Schein von Zufälligkeit zu nehmen, indem – zumindest ihrer technischen Seite – der Charakter notwendigen Geschehens gegeben wird.

In einem Vortrag in der RIAS-Funkuniversität aus dem Jahr 1963 hat er das folgendermaßen formuliert:

„Die Kybernetik ist die Lehre und die Konstruktion technischer Systeme mit dem Ziel, unsere psychophysische Grundrelation zur Natur im Physischen zu objektivieren.“ Wir wollen versuchen, diesen Satz zu interpretieren.

Die moderne Biologie hat als Datum der stammesgeschichtlichen Geburt des Menschen den Zeitpunkt gewählt, zu dem erstmals Werkzeuge hergestellt wurden. Damit ist die Existenz des Menschen unlösbar mit der Technik verbunden. Die Grundrelation des Menschen zur Natur ist durch sein Handeln in der Natur und sein Erkennen der Natur gekennzeichnet, ist also tatsächlich bipolar, physisch und psychisch. Eine der Grundstrukturen, in die Mensch und Natur gestellt sind, ist der *Handlungskreis*, der sich in effektiven und rezeptiven Teil aufspalten läßt.

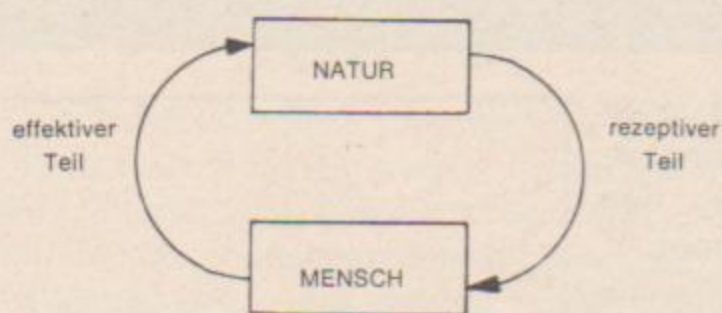


Bild 2

Um den in jenem Zitat von H. Schmidt ausgedrückten einen Grundgedanken der Berliner Schule der Kybernetik voll zu verstehen, wollen wir noch einmal auf das Beispiel der Kursregelung zurückkommen.

Versetzen wir uns in Gedanken zurück in die Ausgangssituation des Menschen, in der an Arbeitsteilung noch nicht zu denken war. Der Urahn unseres Steuer-manns hatte sich als Schwimmer zu betätigen, wollte er ein Gewässer überqueren.

In dieser Situation standen ihm keinerlei technische Hilfsmittel zur Verfügung. Er griff mit Armen und Beinen direkt in die Natur ein, um sich fortzubewegen, beobachtete mit seinen Augen den Effekt seiner Handlungen und korrigierte diese entsprechend dem sich selbst gesetzten Ziel. Dies entspricht genau dem in Bild 2 dargestellten Wirkungszusammenhang.

Auf einer hinsichtlich Arbeitsteilung schon höheren Stufe besitzt der Mensch ein Boot und Ruder. Will er sich fortbewegen, so hat er zwar immer noch selbst die dazu notwendige Energie zu liefern. Der Effekt dieser Energie ist jedoch durch die Benutzung entsprechender Werkzeuge (Ruder, Boot) um ein Vielfaches gesteigert.

Das zugehörige Strukturdiagramm:

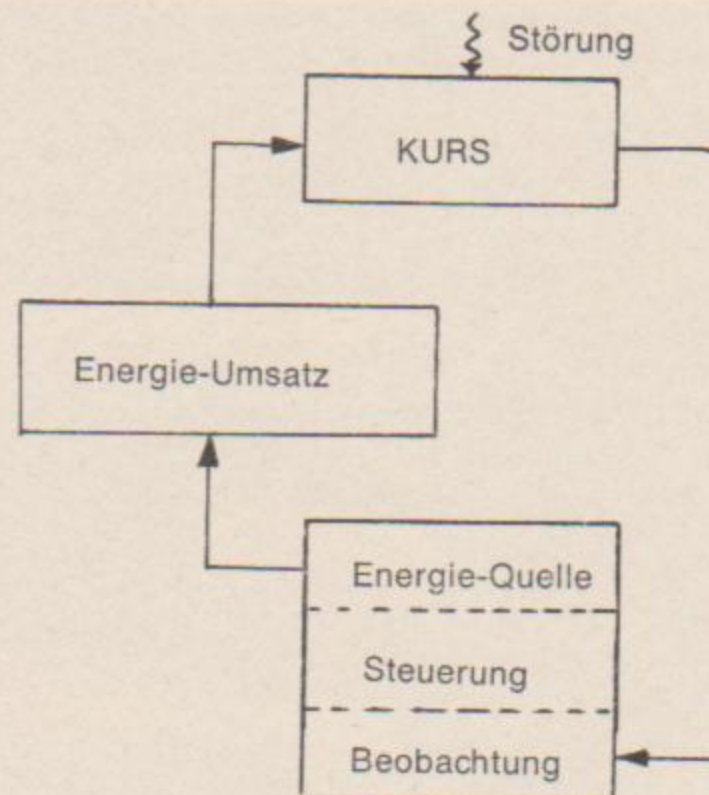


Bild 3

Die nächste Stufe haben wir als Steuermann-Beispiel von Wiener bereits besprochen.

Das vereinfachte Strukturdiagramm:

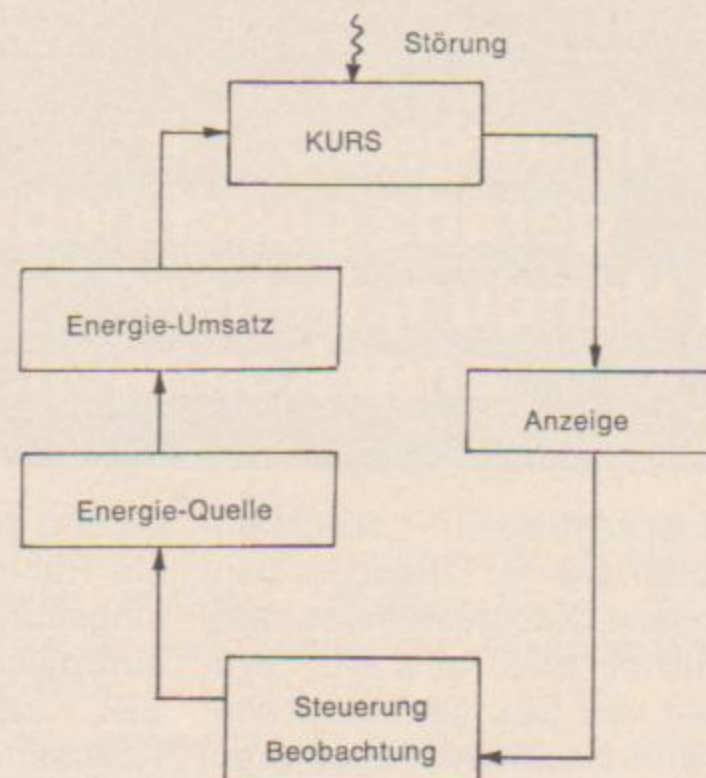


Bild 4

Der Prozeß der Objektivierung ist abgeschlossen, wenn der Mensch nach Einsatz einer kybernetischen Maschine (Autopilot) vollends aus diesem Wirkungszusammenhang entlassen ist.

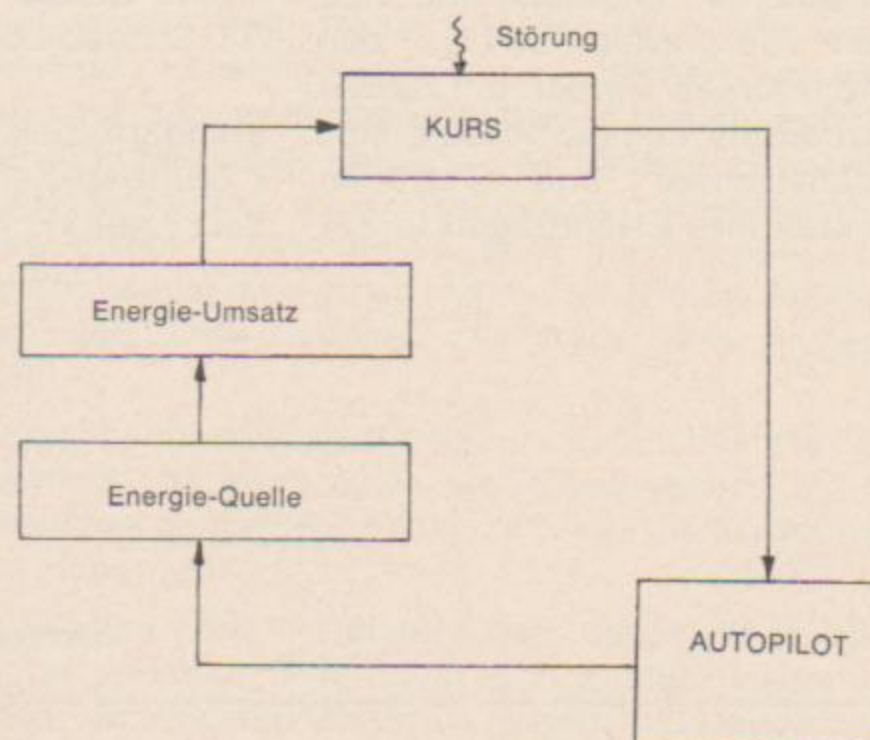


Bild 5

Nach dem Berliner Ansatz der Kybernetik ist die kybernetische Maschine das Endprodukt einer Entwicklung, die mit der Emanzipation des Menschen aus seiner Abhängigkeit von der Natur engstens verknüpft ist und deren Ergebnisse zu dieser Befreiung entscheidend beigetragen haben.

Daß dieser Ansatz Konsequenzen weit über den hier allein besprochenen „technischen“ Bereich hinaus besitzt, muß nicht besonders erwähnt werden, da ja Technisieren und Erkennen als zwei wesentliche Grundoperationen des Menschen im Umgang mit seiner Umwelt dargestellt wurden.

Urbs aeterna – Römische Reisenotizen

Oberpostdirektor E. Schilly

„Seid ihr denn samt und sonders vom Teufel besessen! Was versteift ihr euch darauf, daß ich eingehend von Rom erzähle und tausenderlei wiederkäue, was ihr und jedermann wißt!“

Aus des Präsidenten de Brosses sechsendreißigsten Brief, Rom, Oktober 1739, an Herrn von Blancey und Herrn von Neuilly (Dt. Ausg. München 1922, Band 2, S. 5).

Salerno, Sardinien, Sizilien – das Gespräch mit den gelassen und geduldig nach Hause fahrenden Männern, die in Gerresheim und Wuppertal arbeiten, vermittelt bereits die andere Welt: Entfernungen verlangen Tage, Zug und Schiff zur Überbrückung, das Abteil wird zur Herberge, zur Wohnung, in die sie ohne große Vorbereitung einziehen, ohne auf die sich vielfach verändernde Kulisse der Landschaft zu achten. Im frühen Morgen wirken die Schweizer Täler wie eine John Knittelsche Szenerie: totes Eisen, tosendes Wasser, fahle Berghänge mit schmutzigen Schneetupfen – bis die milde Luft des Tessin mit seinen Villen um das kühle Seenspiel die Müdigkeit vertreibt und in Chiasso zur Wachheit zwingt. Der Weg durch die kühne und trostlose Technik Oberitaliens, hinter der Geschichte und Kunst verschwinden oder sich in unnötiger Protzerei anbieten wie im Mailänder Bahnhof, die gewaltigen Tunnels, das Kriechen an spielend-kühnen Brücken entlang, die unter sich noch die Spuren des Unwetters liegen sehen, Bologna, Florenz bleiben Namen, deren Geheimnis die menschenleere Front der Bahnhofs nüchternheit nicht durchdringt und die dem suchenden Blick höchstens eine staubgraue Kuppel preisgeben, von der man dann noch nicht weiß, ob sie ein Cicerone überhaupt nennt. Dann aber scheint der Weg frei zu sein, man bewegt sich hinab in die Weite der Täler, die von den einsamen Städtchen, Dörfern und Kastellen auf den sie begleitenden Hängen bewacht zu sein scheinen.

Rom – Michelangelos Kuppel der Peterskirche, von weitem zu sehen und zu erkennen in der flimmernden Horizontlinie eines hellen Nachmittags, ist wie eine Stärkung des Selbstbewußtseins und vermittelt das Gefühl des Vertrauten. „Endlich steigt Sanct Peters gewaltige Kuppel, einsam das Tiberthal überragend, empor, sie muß für alles übrige schadlos halten, denn der Reisende findet nun nichts weiter zu beobachten...“ (Malerische Wanderungen durch die Alterthümer in Rom und der Campagna, herausgegeben von Franz Heinrich Köhler, Erster Theil, Leipzig 1829, 9/10). Rom ist erreicht. „Bei diesem Namen hört alles Träumen auf, da fängt die Selbsterkenntnis an, und Rom, die alte Zauberin, weist einem jeglichen Menschenkind seinen Platz an“ (Anselm Feuerbach am 12. Februar 1857 an seine Mutter).

Der Bahnhof, Stazione Termini, „Endstation Sehnsucht“, das Ziel, überwältigendes Tor neben der Diokletiansmauer, die diesen schönsten Bahnhof der Welt behutsam in den Schutz der Antike nimmt. Hierdurch führt der Weg zur Stadt für den, der nicht, wie so viele Reisende in früherer Zeit, durch die „Porta del Populo“ die „Piazza del Populo“ und damit Rom betritt, sondern einen anderen der nach Rom führenden Wege benutzt hat.

Empfang durch den Professore Dottore Ispettore Generale Francesco Saverio Vestri am Bahnsteig, wieselhafte Geschicklichkeit der Taxe und dezent-lautlose Aufnahme durch die Nonne am Tor der „Villa Lituania“, die gepflegte Kühle eines gastlichen Hauses mit dem Komfort eines modernen Hotels, durch dessen Gänge stumme Gestalten schlürfen im langen schwarzen Rock, oft mit dem Rot des Prälaten unter den Rändern. Man sieht sie im Eßraum in der Gelöstheit einer mondänen Atmosphäre wieder und hört sie im Stakkato ihres Italienisch, in dem weicheren Wohlklang des Spanischen und Portugiesischen, in der unbestimmteren Gequetschtheit des Amerikanischen, in der offenen Herzlichkeit des Russischen und in der stetigen Begeisterung des Polnischen, das man vom Litauischen nur schwer unterscheiden kann. Ein Stück Hauptstadt der Welt – in einem Haus an der Piazza Asti.

Die „Villa“, in der wir wohnten, vermittelte uns am ersten Tag bereits Karten zu einer Papstaudienz. Der „permesso personale“ des „Maestro di Camera di Sua Santita“, der uns einen Platz auf der Tribüne der hl. Helena sichert, ist ein kleines typographisches Schmuckstück, wie übrigens auch die reizenden mit Rokokko-Emblemen verzierten Eintrittskarten zu den vom Staat verwalteten Museen: sie tragen eine künstlerische Note, weit entfernt von der kommerziellen Brutalität der üblichen Blockbillets wie sie den Weg zu den Gärten der Villa d'Este in Tivoli öffnen, nüchtern-primitiv, nichts von dem ahnen lassend, was sie zu sehen freigeben.

Ich weiß nicht, wie ich darauf kam: in dem Katarakt des barocken Taumels fiel mir der Glasarbeiter der Gerresheimer Fabrik aus Salerno wieder ein, der an den Flaschen erkannte, wo sie gemacht wurden, und der sich auf die Rückkehr nach Deutschland freute. Es geht sicher auch um die Seele dieses von seiner Frau und zehn Kindern zuhause sehnsüchtig erwarteten Mannes und Gastarbeiters, wenn hier in der größten Kirche der Welt zu Gott gebetet wird. Er wird gewiß nicht vergessen in dem Gedanken an Gott, für den hier viel, viel Platz ist. . .

Im großzügigen Schutz der Berninischen Kolonnaden steigt man die flachen Stufen vor der bezwingenden Fassade Madernas hinan und betritt über die rote Porphyrlatte das Innere der Pilgerkirche San Pietro. Die Weite der Halle reduziert sich auf normale Kirchen, in der sich eine drängende und quellende Masse unter der kundigen Hand der buntgekleideten Ordner mit und ohne Hellebarde um den Thronaltar aufbauen läßt, teils im Gehege sehr nüchterner Bretterkonstruktionen, teils auf samtbehangenen, nicht mehr für „voyageurs de distinction“ bestimmten Tribünen unter den großen Heiligengestalten (wir sitzen vor der hl. Helena und fühlen uns wegen ihrer Verbindung zu Trier heimatlich angesprochen). Laute, gebändigte, mühsam zurückgehaltene Kinder, hellgetupft in ihren Festtagskleidern, strenge Nonnentönungen in Grau, Blau und Schwarz, dazwischen die kunstseidene Bizarrerie der Amerikanerinnen, steife Würde von Honoratioren, die starre Haltung der US-Army and Navy – und über allem das Summen dauernd tätiger Stimmen der erwartungsvollen Menschen. Ihre Blicke suchen sich vergebens an einer kalten Statue, einem schillernden Mosaik, einer quirlenden Säule, einem düsteren Gemälde festzuhalten, statt dessen verlieren sie sich in der schwindelnden Höhe der Kuppel, bis die Spannung für einen Augenblick stumm wird, um dann auszubrechen in die Begeisterung einer Mischung von Volkstemperamenten, unter denen keines sich von frommer Scheu bändigen läßt. Il Papa!

Mit der gleichen schwebenden Leichtigkeit, in der er auf der „Sedia gestatoria“ hereingetragen wird, eingerahmt von der schwarzen Würde spanischen Zeremoniells, den bunten Streifen der Schweizer Garde und dem Selbstverständnis der Nobelgardisten, begrüßt er zunächst auf dem äußeren Weg um das mittlere Säulengeviert und dann auf der Balustrade des eigentlichen Altars die Menge, überlegen, erhaben über die vielgestaltigen Motive des wiederholt aufbrausenden Beifalls, der stummen Ehrfurcht und der bewegten Anteilnahme an dem immer neuen einmaligen Geschehen; es endet nach der Ansprache in den verschiedenen Sprachen, von den einzelnen Pilgergruppen mit Jubel und lauten Rufen aufgenommen, in der persönlichen Begrüßung ausgezeichnete Pilger, um dann auf einer letzten Lautwohle wieder hinauszugleiten, Tausende von Menschen in dem Wirbel eines außergewöhnlichen Erlebnisses zurücklassend.

„Nichts wirkt auf den ersten Blick so abschreckend wie die öffentlichen Verkehrsmittel Roms“ stellt H. V. Morton fest, dessen „Wanderungen in Rom“ (Frankfurt/Main (1959)), mit fleißigem und journalistischem Geschick zusammengepickte Rückblicke nicht nur auf die englisch-schottische sondern auch auf die päpstlich-römische Geschichte, die sich mit viel Gewinn lesen lassen, wenn es auch der Leser bald nicht fassen kann, warum der Vatikan und die Peterskirche nicht in einem geschniegelten englischen Park stehen, wo man doch nach dem Buch Zweifel haben muß, ob nicht zweckmäßiger die Angelsachsen als die würdigeren Katholiken Kurie und Vatikanstadt geschlossen übernehmen sollten. Mit dem Verkehr muß es besser geworden sein seither, wenn man nicht die oftmals stumme Enge und die von Haltestelle zu Haltestelle immer mehr schwindende Aussicht, wieder aussteigen zu können (ein Problem, das sich dann – wie alles in Rom – doch von selbst löst), für aufregender

hält als die schnippische Entwaffnung, zu der man gezwungen ist, wenn man einer älteren Frau den Platz überlassen möchte und zusehen muß, wie sich stattdessen der Charme und die Frechheit einer Lyzealschülerin etabliert oder wie sich ein Achtjähriger aus der Hut der Eltern und Großeltern löst und, die Last der Jahrtausende im Blut, mich zum Teilen meines schmalen Sitzes zwingt, von Stolz und der Genugtuung der „Gens“ begleitet, die ihn – ein Silberstreifen am Horizont europäischer Sitten – beim Auszug aus der „Kadettenanstalt“ des Busses dann doch wenigstens zu einem höflichen Dank wenn auch nicht gerade zwingt, so doch wenigstens bittet. Alles andere unterscheidet sich nicht von der Domestizierung der zur Benutzung eines Omnibusses im Linienverkehr einer deutschen Landeshauptstadt gezwungenen Arbeitnehmer. Hier kann auch Horazens Mahnung des „nil admirari“ nicht mehr gelten, er müßte sich selbst verbessern, wie er ja auch in anderem Zusammenhang dem „profanum vulgus“ des „Schweiget in Andacht“ entgegenschleudert.

Die Piazza di Spagna entfaltet ihre Reize nicht, wenn man vom Monte Pincio, von der Bibliotheca Hertziana kommend, über sie hinabschreitet. Man bleibt in der Unbeschwertheit der Dachgärten hängen, die sich vom Platz her nach oben drängen, verweilt einen Blick lang bei John Keats und seinem bitteren Ende und wird dabei daran erinnert, daß in diesem Viertel die Engländer dominierten, obwohl die spanische Botschaft unübersehbar hier residiert. Entschädigung findet man im Blick auf die „Barcaccia“ von Berninis Vater, diese Kinderspielgedanken in Brunnenform: so gleite dahin in der Unverlierbarkeit des Wassers an die Gestade der Glückseligkeit . . . Der Weg führt an der Piazza der Trinita dei Monti links in die französische „Enklave“: die Villa Medici beherbergte gerade eine Rodin-Ausstellung (wie schwer mag es den qualvoll aus dem Steinblock hervorbrechenden Genius ankommen auf dem Boden antiker Glätte und barocker Konvulsionen, die überall heraustreten und sich zu einer lebendigen Fülle erlebbarer Präsenz vereinigen). Rechts lebt die deutsche Tradition: Goethe, Angelika Kauffmann, Raphael Mengs, Winckelmann, August Kestner, der Sohn von Werther's Lotte, Wilhelm von Humboldt, Schinkel, Rauch, aber auch Giambattista Piranesi, ohne den wir das Rom im 18. Jahrhundert nicht mehr kennen.

Die Wände bestehen aus deckenhohen Bücherschränken, hinter deren Glasfenster sich Gesetzbücher, Statistische Jahresberichte und Fachzeitschriften zusammengedrängen. Am Eingang hängt eine kleine Tafel, die den schmalen Saal plötzlich aus der staubsammelnden Anonymität heraushebt: hier wurde Galilei von seinem Richterkollegium verurteilt, hier stieß sich der gehorsame Geist, ohne das „Eppur si muove!“ gesagt zu haben, an der Ordnung seiner Zeit und zerbrach, während der neue Gedanke aus dem Raum wegeilte, sich über die ausgeglichene Schönheit eines kühlen Hofes erhob und in die Ferne kommender Jahrhunderte entschwand. Der anschließende Empfang des Vorstandes durch den „Ispettore Generale Superiore Telecomunicazione“ und den Vertreter des Direttore Generale di Amministrazioni der italienischen Post- und Telegraphenverwaltung, die sich für die Ziele der FEFAS sehr deutlich interessierten, stand unter dem Eindruck der Umgebung: Wissenschaft, Glaube, Geschichte als alltägliches Lebens- element, in dem kühne Ideen in der Organisations-

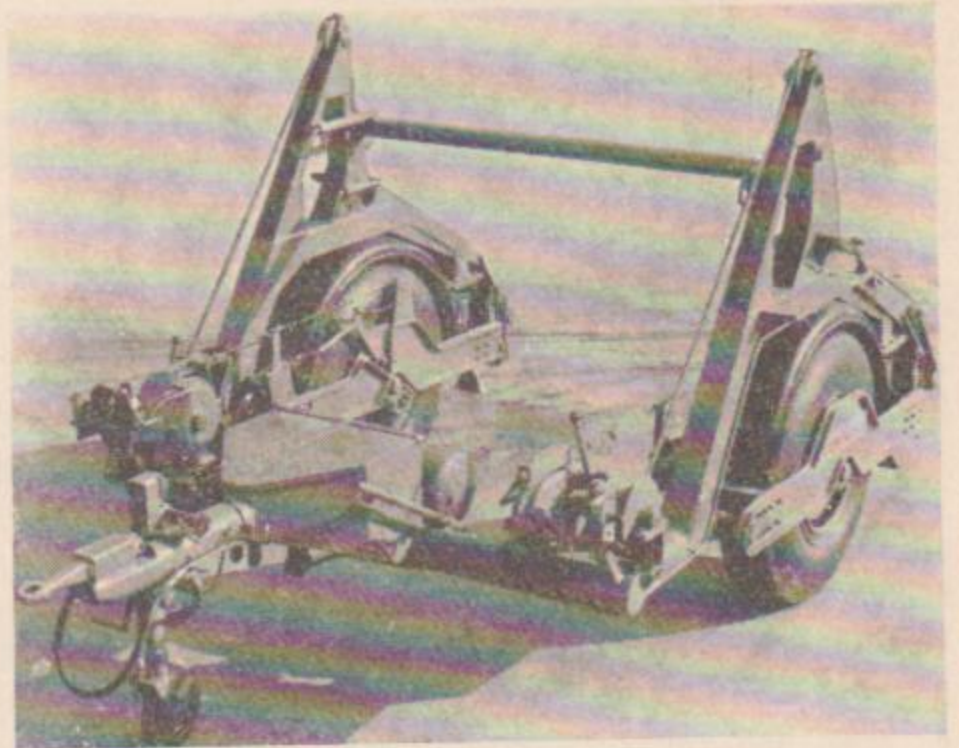
form einer modernen Verwaltung der Welt von heute nutzbar gemacht werden. Was liegt zwischen diesem Heute und den Zuständen, wie sie Kurd von Schlözer aus dem Jahre 1864 geschildert hat: „Es ist doch ein furchtbarer Gedanke, daß in diesem Jahre des Heils 1864 Zeilen wie diese von Rom nach Deutschland acht bis neun Tage unterwegs sind. Die Post macht sich gar nichts daraus, einen Brief mehrere Tage lagern zu lassen, wenn ihr die Dampfschiffe nicht passen. Mit den piemontesischen Postbehörden stehen die papalen auf gespanntem Fuß. Wird zum Beispiel ein Schreiben nach Rom nicht richtig frankiert und der Fehler in Piemont bemerkt, so geht es von dort nach dem Absendungsort zur Einziehung des fehlenden Portos zurück und nicht nach Rom, weil die Piemontesen den Römern nicht zutrauen, daß sie das Fehlende vom Adressaten einziehen und ihnen ihren Anteil erstatten.“ Wie aufmerksam registrierte auch der nachmalige Gesandte Mitte Juli 1867 den postalischen Wandel in Preußen: Mutters Nachricht vom 3. Juli „war der erste Brief, auf dem das alte historische T. T. fehlte; dieser Stempel, den einst der k. k. Kämmerer und fürstlich Thurn und Taxis'scher Postdirektor Graf von Kurtzrock mit so gewaltiger Hand geschwungen und der nun seit dem 1. Juli d. J. mit seinem ganzen Postfürstentum auch ins Grab gestiegen ist.“ Wie anders steht doch da das fürstliche Haus Massimo in Rom, in dem die Leitung der Post erblich war und dessen Wappenspruch „Cunctando restituit“ („eine höchst tröstliche Devise“) Schlözer glaubte, mit „zögernd rückte er damit (den Briefen) raus“ übersetzen zu sollen, womit er das Tempo umschreiben wollte. Aber das sind ja nur die Klagen eines Legationssekretärs des Königs von Preußen am Hofe des Papstes! Trotzdem bleibt das Einmalige: die ernste Gelassenheit die auch dem Betrieb im Gebäude der Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens in der Via del Seminario ihr Gepräge gibt, indem sie Form und Inhalt des Berufes sich immer neu erproben läßt an den wechselnden Grundsituationen, deren hektische Folge für dieses Land so kennzeichnend ist und die nur von einem Volk ertragen und bewältigt werden kann, das einen anderen, einen historischen Zeitbegriff hat.

Über der Piazza Venezia sperrt das Nationaldenkmal den Blick in das wahre Imperium Romanum. Das blendende Weiß in seiner Makellosigkeit, konstruktiv unterbrochen durch eine Säulenorgie, zwingt das Auge auf die Suche nach einem Ausweg. Er führt schließlich die sanfte Treppe hinauf zum Campidoglio, wo Geist und Auge ausruhen können: an dem Gedanken, daß hier einer jener Mittelpunkte der Welt festlag, der auch heute noch, am 29. Mai 1967, dem Treffen der Staatsmänner Orientierungsmarke sein konnte; an der Gestalt des Philosophen Marc Aurel, dessen Geist sich so ehrfurchtsgebietend mit dem martialischen Reiterstandbild abfindet, an der verzweifelt schönen Symmetrie der Gebäude, die den Platz umstehen, dessen Boden für sich besteht, wenn man sich in seiner zwingenden spielerischen Ornamentik verliert. Nach dieser Entspannung rafft man sich wieder auf, um der Mischung aus Bambino-Rührseligkeit und schwerlastiger Würde – Santa Maria in Ara Coeli zu verfallen, bis dann endlich der Blick erstarrt: das Forum Romanum. Es ist ein müßiges Unterfangen, es zu beschreiben: Bewußtsein und Zwiespalt, Verzweiflung und Wiedergewinnen, Schmerz und Glückseligkeit vermengen sich und erliegen der Widersprüchlichkeit unendlicher Größe und kaum denkbaren Elends, einer Widersprüchlichkeit, deren Über-

KABELTROMMELTRANSPORT- und -VERLEGEWAGEN

ein- und mehrachsige, bis zu größten Kabeltrommeln und Nutzlasten.

Über 60jährige Erfahrung!
Sämtliche Kabelverlegemaschinen und -geräte lieferbar!



PETER LANCIER KG

Maschinenbau-Hafenhütte · 44 Münster/Westf.
Tel. (02 51) 6 03 03/05 · Telex 8 92 553 · Postfach 911

windung das Ende des glückhaften Nacherlebens wäre, mit dem jede Generation ihre neue Welt der Gegensätze aufbaut. Auch das Theaterlicht einer abendlichen Serienaufführung von Gibbons „History of the decline and fall of the Roman Empire“, der hier vom Rausch der lotenden Zusammenschau des römischen Reiches gepackt wurde, nimmt in seiner technischen Vordergründigkeit der Szenerie dennoch nichts vom Geiste der Tragödie, die sich immer neu am Antagonismus der nie aufhörenden, dem Menschen stets abverlangten Bewährungsprobe entzündet.

„Es ist hier wirklich ein paradiesisches Leben; ich segne die Stunde, die mich in diese Stadt geführt hat!“ Wie ist doch der Enkel Kurd von Schlözer so viel seliger gestimmt in seinem Brief vom 22. Januar 1865 (an den Bruder) als sein Großvater, August Ludwig von Schlözer, der 1782 schrieb: Niemand bringt einen in Italien um; aber das Prellen, die Sauerei, das Hundefressen: allmächtiger Gott, das ist arg! Lieber will ich künftig in die Tartarei. Bratwürste und Wein erhalten mich seit Padova. Sauerkohl, Milch, Tee, es ist alles vorbei! Kein Borsdörfer, kein Kuchen: nur Stroh in den Betten, keine Öfen. Nein, so teuer mag ich nicht mehr lernen...“. Ja, ja, das Sauerkraut. Es blieb, und Italien ist derweilen ein Fremdenindustrieland geworden. Vielleicht stimmt aber auch das diplomatische Geschäft den Enkel milder als den der Wissenschaft ergebenden und gefeierten Ahn.

Rom ist nicht nur die „urbs aeterna“ des Tibull. Für den, der Kinder hat, vor allem Mädchen, ist es auch

Direktor Friedrich Stumpf 65 Jahre



Seinen 65. Geburtstag feierte am 18. September 1968 Direktor Dipl.-Ing. Friedrich Stumpf, Leiter des Bezirks West der DeTeWe Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG, Berlin, mit Sitz in Köln. Der Jubilar hatte zunächst in Breslau sowie an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg studiert und erste praktische Kenntnisse bei der anschließenden Tätigkeit im Zentral-Laboratorium der Siemens-AG gesammelt. Aufgaben im Reichspost-Zentralamt Berlin und bei der Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost folgten. 1943 übernahm er die Leitung der ELTE-Werke GmbH, die 1954 zu DeTeWe kamen. Drei Jahre danach wurde Direktor Stumpf Leiter des Bezirks West, dem die Technischen Büros Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln, Siegen und Wuppertal angeschlossen sind. Er trug wesentlich dazu bei, die Vertriebsorganisation der DeTeWe in Nordrhein-Westfalen auszubauen.

eine nie versiegende Pulloverquelle, und die Genialität, mit der sich Bewunderung für die Paolina Borg-hese von Canova mit stiller Hingabe an das Wühlen in den Abgründen einer Textilmulde von antikem Ausmaß in dem Seelenleben einer Hausfrau so traut vereinen, bestätigt immer wieder, daß in Reiseplänen Einkaufsraststätten vorgesehen werden müssen.

Rom hat deren zahlreiche, aber noch zahlreicher sind die an allen Ecken stehenden Vertreter eines wohlbestückten Uniformmuseums in Gestalt von Polizisten aller Kategorien, Bewaffnungen und Ausrüstungen, die die Straßen auf und ab patrouillieren. Wo ich sie nicht sah, das war in Trastevere: hier nahmen wir in den Verliesen amerikanischer Geschäftstüchtigkeit ein herrlich zubereitetes und akustisch gespenstisch untermaltes Spätabendmahl ein, obwohl wir manchmal nicht wußten, ob wir essen oder die endlose Schlange der Wartenden aller Rassen beobachten sollten, die uns mit ihren hungrig-vornehmen Blicken längst an die Luft gesetzt hatten, obwohl wir noch mit dem aussichtslosen Versuch beschäftigt waren, die originellen lätzchenähnlichen bunten Mund- und

Brusttücher unauffällig verschwinden zu lassen, ein Unterfangen, das der „cameriere“ mit kundiger Hand und ohne Zeichen strafrechtlicher Entrüstung sehr schnell unterband. Ich konnte nicht klären, warum derselbe Unternehmer diese Dinge nicht offen verkauft. Die USA und Japan übernehmen sie ballenweise.

Man versteht vieles hier nicht, aber bei der Frage eines Autofahrers auf der Suche nach einer Werkstatt, ob der Spruch „Fiat Servizio“ etwas mit dem „pereat mundus“ und damit auch mit der Juristerei zu tun habe oder ob es sich doch wohl nur um die Automarke handele, da verstand ich auch fast kein Latein mehr!

Um wieviel erquicklicher ist die Einsamkeit, die aus den Gärten der Villa d'Este in Tivoli, dem alten Tibur, am späten Abend aufsteigt in ihrer Mischung von rauschenden Wasserstürzen („von Tibur der Wald, und die Gärten, üppig berieselt von munteren Bächen“, so bot sich Horaz das Schauspiel), dunklen Pinienkulissen und endlos erscheinenden Wegen mit plötzlichem Ausblick in die lichtpunktierte Weite der Campagna, bis dann, in einem sich unversehens steigernden Ausmaß, die Touristenbusse Sturzbäche der Neugier über die künstlich gebändigte Natur ausgießen und dem fast unheimlich-schönen Erlebnis ein jähes Ende bereiten. So kommt man doch noch dazu, dem inneren Aufruhr und der Erschütterung über die Schönheit eines unvergeßlichen Abends Herr zu werden.

„O, wenn ich Ihnen doch das Maul nach Rom recht wäßrig machen könnte“ – diesen Wunsch des Malers und Radierers Johann Christians Reinhard in einem Brief an Schiller vom 1. August 1801 (er hat Rom nie gesehen) schließe ich mich den Lesern gegenüber an, aber nicht „blos damit sie sagen können, sie seyen in Venedig in der Opera oder auch in Rom gewesen und haben den Pabst gesehen.“ Das genügte schon Johann Balthasar Klaute in seinem „Diarium Italicum“ nicht, das er als Begleiter des Landgrafen Karl von Hessen-Kassel 1727 veröffentlichte. Fürwahr, jemanden „in Italien verschicken“, verheißt mehr als das!

Der Abschied ertrank im Getümmel der „Stazione Termini“:

Die Trauben besorgter Eltern, Großeltern, Geschwister, Vettern, Cousinen, Neffen und Nichten, die sich am Zug aufreichten, um die nach Deutschland reisenden Mädchen und Jungen zu verabschieden, beanspruchten unsere neugierige Beobachtung und ließen jenen bitter-süßen Schmerz zurücktreten vor der so wenig von Kunst und Geschichte bestimmten Volksszene, die von einer rustikalen Matrone beherrscht wurde. Der Zug fuhr hinaus in die Nacht, die zahlreichen Haltestationen entsprachen mehr seinem Zweck als der Bequemlichkeit der Weitreisenden. Die Schweiz, nüchtern geschäftig, vom Gotthard an grau-regnerisch, die deprimierende Leere des Badischen Bahnhofs zu Basel, die Fahrt während eines theatralisch sich ankündigenden und wie eine Operette ausgehenden Gewitters am Schwarzwald entlang, die südliche Pfalz, die unveränderte Heimat – so schrumpfte ein Erlebnis in den bängigen Wunsch zusammen, daß es möglich sein werde, ein anderes Mal wieder in die Vergangenheit hinabzusteigen.

Aus anderen Verbänden

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure (VDDI)

Betr.: „Anerkennung des deutschen Ingenieurs im Ausland“

(VDI-Nachrichten Nr. 24 vom 14. 6. 1967)

Sehr geehrte Herren!

Anlaß zu unserem Schreiben ist die kommentarlose Veröffentlichung des Auszuges eines Vortrages mit obigem Titel, den Herr Dr.-Ing. Brenken, der der VDI-Geschäftsführung angehört, auf der diesjährigen Jahrestagung des Verbandes der Dozenten an deutschen Ingenieurschulen gehalten hat.

Da weder der VDI, der als Herausgeber der VDI-Nachrichten fungiert, noch der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine (DTV), als dessen Organ die VDI-Nachrichten im Kopf gekennzeichnet sind, in den folgenden Ausgaben zu dieser Veröffentlichung Stellung genommen haben, muß angenommen werden, daß die Ausführungen Dr.-Ing. Brenkens von diesen beiden Verbänden voll und ganz gebilligt werden.

Hiergegen muß jedoch schärfstens Einspruch erhoben werden, da diese Ausführungen zum Teil unzutreffend, irreführend und tendenziös sind, zum anderen eine Einstellung erkennen lassen, die durchaus geeignet ist, im Ausland das Ansehen der deutschen Wissenschaftler im allgemeinen und dasjenige der Ingenieurwissenschaftler im besonderen zu schädigen.

Wir haben uns daher an die einzelnen Vorstandsmitglieder des VDI und an den DTV mit der Bitte um Stellungnahme gewandt.

Wir halten es jedoch für erforderlich und wünschenswert, daß auch weitere Verbände, insbesondere aber solche, denen ausschließlich oder in stärkerem Ausmaße Technische Akademiker angehören, unserem Beispiel folgen.

Nachstehend einige der Punkte, gegen die sich unser Einspruch richtet.

1. In den Ausführungen, die sich mit den Schwierigkeiten befassen, die in der EWG hinsichtlich der Anerkennung der deutschen Ingenieurschul-Absolventen in bezug auf Niederlassungsrecht und Freizügigkeit der Berufsausübung bestehen, wird ein gänzlich falsches Bild von den Ursachen dieser Schwierigkeiten gegeben. Es wird eine Benachteiligung der deutschen Ingenieurschul-Absolventen konstruiert, indem der „Ingenieur“ allgemein gemäß Ingenieurgesetz mit dem französischen „Ingénieur“ verglichen wird, der aber unserem Technischen Akademiker entspricht. Da nach den EWG-Richtlinien, die im wesentlichen den FEANI-Aufnahmebedingungen entsprechen, in die Gruppe A nur diejenigen aufgenommen werden können, deren Ausbildung dem jeweils höchsten Ausbildungsstand der technischen Ausbildungsstätten ihres Landes entspricht – gefordert wird hierbei Abitur, 4 Jahre TH oder Universität und 3 Jahre Praxis –, scheiden die deutschen Ingenieurschul-Absolventen hierfür aus. Diese Begründung für die Ablehnung der deutschen Ingenieurschul-Absolventen wird jedoch verschwiegen!

Das gleiche geschieht, als Dr. Brenken darauf hinweist: „Technische Lehranstalten unterhalb der universitären Ebene bilden im allgemeinen nur ‚Techniker‘ oder ‚Höhere Techniker‘ (technicien superieur) aus. Nur in wenigen Staaten werden die Absolventen

nach ihrem Studienabschluß in ihren Zeugnissen auch als ‚Ingenieur‘ bezeichnet.“ Eben weil in vielen Staaten der „Ingenieur“ der Hochschul-Absolvent, der Ingenieurwissenschaftler ist! (S. z. B. in Österreich bis 1938!)

2. Den Satzungen der FEANI entsprechend werden – wie schon erwähnt – als Mitglieder nur „Vertretungen der Absolventen technischer Ausbildungsstätten mit dem höchsten Ausbildungsgrad“ zugelassen. Das können aber in der BRD nicht gleichzeitig die Technischen Akademiker und die Ingenieurschul-Absolventen sein. Es ist daher die Behauptung unzutreffend, daß bei einem Vergleich der Ausbildung der Maßstab nicht an das *Abschlußexamen* eines Ingenieurs, sondern an das *Eingangsniveau* gelegt wird.

3. Es ist in doppelter Beziehung irreführend, wenn es weiter heißt: „Ein deutscher Gegenvorschlag sieht ein einziges europäisches Register ohne jegliche Unterteilung vor, in das jedes Land diejenigen *Ingenieure* in eigener Verantwortung aufnehmen kann, die bei ihm das Recht haben, den Titel ‚Ingenieur‘ zu führen.“ Denn erstens ist, was bei anderen Gelegenheiten (Schutz des Ing. (grad.)) immer wieder betont wird, „Ingenieur“ kein Titel, sondern eine „Berufsbezeichnung“ (s. VDI-Nachrichten Nr. 6 vom 5. 2. 1964) und zweitens dürfen sich nach dem deutschen „Ingenieurgesetz“ auch alle diejenigen weiter „Ingenieur“ nennen, die es, auch ohne jegliche ingenieurmäßige Ausbildung zu besitzen, bisher getan haben, sofern sie es nur fristgerecht angezeigt haben! Wenn die EWG schon nicht die deutschen Ingenieurschul-Absolventen mit ihrer abgeschlossenen Ausbildung anerkennen will, kann man ihr doch die „Auch-Ingenieure“ schon gar nicht anbieten!

4. Wenn dann weiter erklärt wird: „Die deutsche Delegation setzt z. Z. alles daran, bald zu Ergebnissen zu gelangen, die uns auch in bezug auf die Anerkennung des *graduerten Ingenieurs* weiterbringen müssen“, so gilt hier das gleiche wie beim „Ingenieur“. Der „Graduierte“ ist nun einmal in vielen Ländern des Auslandes der „Akademiker“, wie auch in deutschen Lexika zu lesen steht, daß „graduieren“ einen akademischen Grad, bzw. akademische Würde verleihen heißt! Das hätte bei der Entscheidung der Kultusministerkonferenz berücksichtigt werden müssen, aber es ist ja in diesem Kreise kein Ingenieurwissenschaftler vertreten! Daher ist wohl auch unser diesbezüglicher Einspruch 1964 nicht beachtet worden!

5. Es folgen dann Ausführungen unter der Überschrift „Technisches Abitur“. Darin wird ja dann auch offen zugegeben: „Die Graduierung ist eines von vielen Mitteln, das zur Anerkennung des deutschen Ingenieurs (sprich Ingenieurschul-Absolvent) im Ausland beitragen soll. In der Übersetzung läßt sich leicht ‚graduated Engineer‘ oder ‚ingénieur gradué‘ ausdrücken und man erhält in der englischen und französischen Sprache Begriffe von Klang und Rang.“ Ein solches Verhalten eines Akademikers näher zu charakterisieren, möchten wir uns versagen.

Das gilt aber auch für die folgenden Ausführungen: „Eines aber ist unbedingt wichtig; der Abschluß der

vorbereitenden Ausbildung zum Ingenieurschulstudium muß eine einheitliche Bezeichnung führen und hier bietet sich das Wort ‚Abitur‘ an. Nur dieses

DeTeWe auf der Deutschen Industrieausstellung Berlin 1968:

*Modernes Telefonieren – schnell, sicher,
wirtschaftlich*



Abfragestelle der neuen Nebenstellenanlage „telematronic 50“ mit Tasten-Schnellvermittlung

Für Blitzgespräche wie geschaffen ist die moderne Fernsprech-Nebenstellenanlage „telematronic 50“ von DeTeWe. Elektronische Bauelemente sparen Platz und sichern schnelle, einwandfreie Gesprächsvermittlung. Steckbare Baugruppen bedeuten niedrige Montagekosten. Ohne Probleme kann die Anlage mit dem Betrieb mitwachsen. Eine Mitarbeiterin bedient die übersichtliche Abfragestelle (Tasten-Schnellvermittlung) neben der sonstigen Arbeit. Ausbaugröße: 3 bis 5 Amtsleitungen und bis zu 50 Nebenstellen. Zahlreiche Ergänzungsausstattungen wie Gebührenzählung, Direktruf zur Abfragestelle, Personensuch- und Konferenzzustellungen vervollkommen den Komfort dieser Anlage.

Ein ausgezeichnetes Organisationsmittel sind *Fernsprech-Reihenanlagen* für Betriebe, Büros und gewerbliche Unternehmen, bei denen die Sprechstellen nicht zu weit auseinanderliegen. Verschiedene Baustufen gestatten die Anpassung an jeden Bedarf: Reihenanlagen gibt es für 1 bis 4 Amtsleitungen und bis zu 11 Sprechstellen, wobei kein Zentralengehäuse benötigt wird. Das wiedergegebene Bild zeigt die Anlage 4/10 (also 4 Amtsleitungen und 11 Sprechstellen) mit Gebührenzählern. Amtsteilnehmer erreicht der Sprechende mit der Wählscheibe, interne Mitarbeiter durch einfachen Tastendruck. Leuchtende Tasten zeigen an, auf welchen Amtsleitungen gesprochen wird. Weitervermittlung, Übernahme von Amtsverbindungen, Rückfrage – ein Tastendruck genügt. Selbstverständlich sind auch Amtsgespräche mit abwechselnd zwei Teilnehmern (Makeln) möglich. Die Anlage ist als Postmodell anerkannt.

Wort öffnet alle Türen in bezug auf Anerkennung des deutschen Ingenieurs im In- und Ausland, in der EWG, im Europarat, in der FEANI (s. unter 1. FEANI!). Da es sich jedoch bei diesem Abitur nicht um die volle Hochschulreife handelt, wie auch beim baccalaureat technique, so muß auch unser ‚Abitur‘ mit einem Zusatz versehen werden, um es von der ‚Hochschulreife‘ unterscheiden zu können.“ Auch hier wieder das Bestreben, eine auch im Ausland bekannte Bezeichnung mit einem Zusatz zu versehen, um mehr zu scheinen, als zu sein!

Nebenbei bemerkt ist die Behauptung „nur dieses Wort öffnet alle Türen...“ ein Widerspruch zu den Tatsachen, denn Herr Dr. Brenken hat ja gerade vorher festgestellt, daß die Bezeichnung „Ingenieur“ in den meisten Ländern im *Abschlußzeugnis* fehlt!

Es heißt dann weiter: „Zunächst läge es nahe, eine Anlehnung an die *französische* Bezeichnung zu suchen und ‚technisches Abitur‘ zu sagen. Dieser Vorschlag stieß aber bei einigen Ingenieuren auf Ablehnung, die in dem Beiwort ‚technisch‘ eine Abwertung erblickten und befürchteten, daß dadurch von der Öffentlichkeit alles, was mit der Technik und dem Ingenieurwesen zusammenhängt, als etwas *Zweitrangiges und Minderwertiges angesehen werden könnte*.“ Nun, bei den von Herrn Dr. Brenken angewandten Methoden wäre eine solche Bewertung der Technik und der in ihr Tätigen durch die Gesellschaft durchaus verständlich. Und wenn Herr Dr. Brenken in diesem Zusammenhang dann den „echten Ingenieurgeist“ beschwört, dann wünschen wir Ingenieurwissenschaftler *uns von einem solchen „Ingenieurgeist“ schärfstens zu distanzieren*.

Wir wissen nicht, welche Ansichten ähnlicher Art Herr Dr. Brenken in seinem Vortrage sonst noch geäußert hat. Wir sind aber ganz ernsthaft der Auffassung, daß die kommentarlose Wiedergabe des Auszuges in den VDI-Nachrichten, die einer Billigung der darin geäußerten Einstellung gleichkommt, nicht widerspruchsfrei hingenommen werden darf. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß sie von der Mehrzahl der Technischen Akademiker sowohl im VDI wie auch in den übrigen Organisationen des DTV keinesfalls gebilligt wird, und daß sie ebenso von vielen Ingenieurschulabsolventen abgelehnt wird, die um gute Zusammenarbeit beider Gruppen in den Verbänden wie auch in der Praxis des Berufes ernsthaft bemüht sind.

Für Ihre Stellungnahme zu unserer Auffassung von diesem Vorgang wären wir dankbar und würden es begrüßen, wenn auch Sie sowohl dem VDI als auch dem DTV gegenüber unseren Einspruch unterstützen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Verband Deutscher Diplom-Ingenieure
VDDI

gez. Dipl.-Ing. P. Rother
(Geschäftsführendes Vorstandsmitglied)

Famillennachrichten

werden zu einem verbilligten Anzeigentarif aufgenommen. Sie gehören in das Nachrichtenblatt, welches von allen Mitgliedern der Vereinigung gelesen wird.

Die Veröffentlichung erfolgt im dreigespaltenen Textteil. Spaltenbreite = 52 mm. Es können 1-, 2- und 3gespaltene Anzeigen aufgegeben werden. Grundpreis für die 1gespaltene Anzeige je mm = DM -,75.

Eine 2spaltige Anzeige von 60 mm Höhe würde somit 2 x 60 mm à DM -,75 = DM 90,- kosten.

Manuskripte und Unterlagen bitte an

ACO Verlags- und Druck-GmbH 3300 Braunschweig Kalenwall 1 Postfach 975

Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes

Exposé zur Besoldungsparität zwischen Richtern und Verwaltungsjuristen.

Anlaß: Zweites Besoldungsneuregelungsgesetz
(2. BesNG)

Hier werden die Gründe dargelegt, warum Richter und Verwaltungsbeamte des höheren Dienstes mit Befähigung zum Richteramt, also Verwaltungsjuristen, in der Besoldung einander gleichstehen müssen.

Die Richter genießen seit Jahren in Besoldungsfragen die uneingeschränkte Fürsprache der Justizminister. Die höheren Verwaltungsbeamten entbehren leider einer entsprechenden gewichtigen Hilfe der Innenminister oder Finanzminister der Länder. Sie haben keine amtliche Lobby wie die Richter. Sie verlassen sich aber auf den Innenausschuß des Bundestages, der den Versuch machen sollte, zur Besoldungsparität von Richtern und Verwaltungsjuristen die Vertreter der höheren Verwaltungsbeamenschaft anzuhören, wie der Rechtsausschuß des Bundestages in solcher Lage die Vertreter der Richterschaft anzuhören pflegt.

I. Sachverhalt

Das Erste Besoldungsneuregelungsgesetz brachte für die Richter die automatische Durchstufung von BesGr. A 13 nach A 14 mit Ablauf der 7. Dienstaltersstufe (derzeit etwa 35. Lebensjahr), außerdem wurden den Richtern zwei weitere Dienstalterszulagen in den Besoldungsgruppen A 14 und A 15 zugestanden. Dies brachte für die Richter eine wesentliche besoldungsmäßige Besserstellung

Anlage 1 (S. 132) zeigt die Altersstruktur der juristischen Verwaltungsbeamten in Bayern:

189 Beamte der Besoldungsgruppe A 15 gehören den Jahrgängen 1917 und früher, 177 Beamte der Besoldungsgruppe A 14 den Jahrgängen 1919 und früher an. Diese insgesamt 366 Beamte, die mehr als 24 % der juristischen Verwaltungsbeamten in Bayern ausmachen, würden als Richter heute in den Genuß von zwei weiteren Dienstaltersstufen kommen. Von 429 Beamten der Besoldungsgruppe A 13 gehören 73, das sind 17 %, den Jahrgängen 1933 und früher an. Als Richter wären oder würden sie im Laufe dieses Jahres in die Besoldungsgruppe A 14 durchgestuft. Damit sind bereits durch die Maßnahmen des Ersten Besoldungsneuregelungsgesetzes 29 % der Verwaltungsjuristen in Bayern ganz generell gegenüber den Richtern benachteiligt. Ähnlich dürfte die Lage in den übrigen Ländern sein.

Der Rechtsausschuß des Bundesrates hat nun bei der Beratung des 2. BesNG zu den schon bestehenden Besoldungsprivilegien der Richter noch eine weitere Verbesserung der Richterbesoldung durch automatische Durchstufung nach A 15 bzw. A 16 empfohlen.

Der höhere Verwaltungsdienst hingegen dürfte erwarten, daß mit dem 2. BesNG für ihn wieder eine Besoldungsangleichung mit den Richtern eintreten werde. Der Entwurf des 2. BesNG zeigt aber eine gegenteilige Tendenz: Die in den Ländern eingeführte Regelbeförderung mit relativ kurzen Bewährungs-

zeiten soll abgelöst werden durch eine Beförderung mit langen Bewährungszeiten (neuer § 5 Abs. 4 BBesG), so daß die Beförderung nach A 14 in der Regel erst etwa mit dem 40. Lebensjahr – nach neunjähriger Bewährung im Eingangsamtsamt – möglich ist. Die den Entwurf des 2. BesNG durchziehenden zwei gegenläufigen Prinzipien – automatische Durchstufung bei den Richtern und neunjährige Bewährungszeit bei den Verwaltungsbeamten – für gleichausgebildete Juristen im Staatsdienst qualifizieren sich als eine Herausforderung des Gleichheitsgrundsatzes.

II. Was spricht für eine besoldungsmäßige Gleichbehandlung von Richtern und Verwaltungsjuristen?

1. Richter zählen in gleicher Weise wie höhere Verwaltungsbeamte zum öffentlichen Dienst im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG. Demnach sind auch ihre Rechtsverhältnisse nach den hergebrachten Grundsätzen des *Berufsbeamtentums* (!) zu regeln. Hierauf hat besonders der Berliner Staatsrechtslehrer Professor Bettermann in seiner Schrift „Der Richter als Staatsdiener“ (Hamburg 1967) aufmerksam gemacht. Diese Gleichheit der *Verfassungsgrundlage für das Recht der Richter und der Beamten*, die leicht übersehen zu werden droht, gebietet, daß auch die Richterbesoldung – in gleichem Maße wie die Beamtenbesoldung – familiengerecht, vor- und ausbildungsadäquat,



WIR LIEFERN
FÜR DEN KABELKANALBAU
DER FERNMEDETECHNIK
NACH FTZ- UND DIN-NORMEN

- Kabelschächte, rechteckig und oval
- Kabelkleinschächte und Kabelabzweiggästen
- Wasserdichte Schächte, Sonderschächte
- Schachtdecken in allen Größen
- Kabelschachtdeckungen, 3- und 4eckig
- Kabelverlegungsmaterial:
Kabelkanalformsteine (100 und 120 mm
Zugdurchmesser) –
Kabelabdeckplatten – Kabelschutzhauben –
Kabeltröge
- Kabelverzweigergehäuse – Endverzweiger-
gehäuse – Sockel für Schaltschränke in Kunst-
stein und Kiesbeton
- Begehbare Versorgungskanäle aus Ring-,
U- und L-Stücken
- Universalhohlfundamente für Rufsäulen etc.
- **Kabelschutzrohre aus Kunststoff**

STEWING

BETON- UND FERTIGTEILWERK
427 DORSTEN/WESTF.
BARBARASTR. 50
TEL. 2 36 21 – FS 0 829 714

STEWING

BETON- UND FERTIGTEILWERK GMBH
6096 RAUNHEIM/RUSSELSHEIM
ALTE FRANKFURTER STRASSE
TEL. RUSSELSHEIM 6 53 96 – FS 0 415 726

STEWING

KUNSTSTOFFBETRIEB GMBH
427 DORSTEN/WESTF.
BARBARASTR. 50
TEL. 2 43 08 – FS 0 829 714

Altersschichtung der Juristischen Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes der Bayerischen Staatsverwaltung nach dem Stand vom 31. 12. 1967

Jahrg.	BGr. B	BGr. A 16	BGr. A 15	BGr. A 14	BGr. A 13	insges.
1903	7	1	9	5	—	
1904	9	2	8	6	—	
1905	5	2	12	7	—	
1906	13	6	17	6	—	
1907	6	5	13	9	—	
1908	11	6	15	14	3	
1909	7	4	21	7	1	
1910	7	2	22	22	—	
1911	6	3	22	12	177	
1912	3	4	9	19	1	
1913	2	5	5	17	1	
1914	6	6	14	7	1	
1915	4	7	16	10	—	
1916	3	4	6	8	—	
1917	1	3	6	7	—	
1918	—	6	2	6	—	
1919	3	4	6	15	—	
1920	2	6	5	17	1	
1921	1	—	8	14	1	73 = 17 0/0
1922	—	5	9	15	2	
1923	—	5	6	20	2	
1924	—	3	5	20	1	
1925	1	2	7	27	4	
1926	—	1	8	40	2	
1927	—	1	4	30	5	
1928	—	—	8	44	—	
1929	—	—	7	37	6	
1930	—	—	5	48	5	
1931	—	—	4	34	6	
1932	—	—	2	24	9	
1933	—	—	—	23	22	
1934	—	—	—	19	40	
1935	—	—	—	22	68	
1936	—	—	—	4	81	
1937	—	—	—	—	80	
1938	—	—	—	—	45	
1939	—	—	—	—	28	
1940	—	—	—	—	13	
1941	—	—	—	—	1	
	97	93	281	613	429	1513

leistungs- und verantwortungsgerecht ist. *Der Funktionsunterschied zwischen Richtern und höheren Verwaltungsbeamten hindert eine besoldungsmäßige Vergleichbarkeit nicht.* Besoldungsmäßig relevant ist nur, ob ein Amt ein Mehr oder Weniger an Kenntnissen, Erfahrung, Leistung und Verantwortung verlangt. Nach diesem Grundsatz müssen also Richter und höhere Verwaltungsbeamte gleich behandelt werden, denn beide Gruppen durchlaufen die gleiche Ausbildung, sie verwirklichen durch ihre Tätigkeit den Rechtsstaat und sind in eine hierarchische Organisation eingegliedert, die ein Aufsteigen von Eingangszu Beförderungssämtern vorsieht.

2. Die *drei Gewalten* in unserem Staat haben *gleiches Gewicht* und gleiche Bedeutung. Die Gewaltenteilung im modernen Rechtsstaat kann nur als ein Miteinander verstanden werden. Der Rechtsstaat gerät in Gefahr, wenn eine Gewalt die andere an Macht und Einfluß überflügelt. Nur ein Ausgleich der drei klassischen Gewalten gibt die Garantie für den Rechtsstaat. *Es darf keine Entwicklung zum Justizstaat einsetzen*, der die Kontrolle aller staatlichen Tätigkeiten und Funktionen in die Hand der Gerichtsbarkeit legen würde. Es muß ein wohl abgewogenes, ein wohl ausbalanciertes Gleichgewicht zwischen Legislative, Exekutive und Judikative bestehen. Nur ein solcher Gleichklang sichert einer modernen Demokratie Festigkeit und Dauer. Diese allein gültige Verfassungsinterpretation hat der 1966 verstorbene Kölner Staatsrechtslehrer Peters in einer Rektoratsrede (vgl. seine Schrift „Die Verwaltung als eigenständige Staatsgewalt“, Krefeld 1965) besonders beleuchtet.

Die Richter glauben, sich auf eine verfassungsrechtliche Präferenz berufen zu können, weil ihnen in Art. 92 GG die Rechtsprechung „anvertraut“ ist. Die Vokabel „anvertraut“ (Art. 92 GG) ist offensichtlich nur ein Synonym für „wird ausgeübt“ (vgl. Art. 20 Abs. 2 GG) und gibt der Rechtsprechung gegenüber den anderen Gewalten keinen höheren Rang. Die „verfassungsrechtliche Sonderstellung der Richter“ besteht nur darin, daß *die Rechtsprechung ein Aliud, nicht aber ein Plus oder ein Prae* im Verhältnis zu Gesetzgebung und Verwaltung ist und daß der Rechtsstatus des Richters etwas anders ist als der des Beamten. Auch die Verwaltung ist übrigens im Grundgesetz mehrfach erwähnt, besonders eindrucksvoll in Art. 20 Abs. 3, wo die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung in *einem* Atemzuge genannt sind und beide an Gesetz und Recht gebunden werden. Der Innenausschuß des Bundesrates hat bei Behandlung des 2. BesNG deutlich darauf hingewiesen, daß die Erwähnung der rechtsprechenden Gewalt in Art. 92 GG keine besoldungsmäßige Besserstellung der Richter begründet und daß *„die Überprüfung der Richterbesoldung nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Reform der Gerichtsverfassung ins Auge gefaßt werden“* kann. Die deutschen Richter mögen neidvoll nach England blicken, wo ein Richter mit einem Monatseinkommen von 7000 bis 9000 Mark weit über dem eines Ministers liegt. In England gibt es aber auch nur etwa 200 Berufsrichter, in der Bundesrepublik hingegen mehr als 12000, die Staatsanwälte nicht gerechnet.

3. Eine *Ungleichbehandlung* von Richtern und höheren Verwaltungsbeamten in der Besoldung ist *staatspolitisch kurzfristig*. Richter und Verwaltungsjuristen sind nach Vorbildung und Ausbildung unter personalpolitischem Aspekt gleichwertig. Das Ergänzungs-

reservoir für Richter und Verwaltungsjuristen ist das gleiche. Die *Einheitsausbildung der Juristen* in Deutschland ließ bisher jedem jungen Juristen, der sich dem Staatsdienst widmen wollte, die freie Wahl, nach seiner besonderen Neigung und Eignung entweder für die Justiz oder für die Verwaltung zu optieren. Eine Differenzierung der Besoldung müßte unweigerlich die Berufsentscheidung der jungen Juristen rein materiellen Überlegungen ausliefern. Ähnlich ist übrigens die Situation auch bei allen den Sparten des höheren Dienstes, die eine volle akademische Ausbildung voraussetzen. Die Heraushebung der Richterbesoldung würde nach Meinung der Bundesratsausschüsse des Innern und der Finanzen eine „wesentliche Umstrukturierung des gesamten höheren Verwaltungsdienstes nach sich ziehen und schwerwiegende Auswirkungen insbesondere für den höheren Schuldienst haben“.

4. Eine Besoldungspräferenz der Richter gegenüber den Verwaltungsjuristen müßte insbesondere die *untere und mittlere Landesebene der Verwaltung*, also das Kernstück jeder Verwaltung, *hart treffen*, denn nur für diese Verwaltungsebene gelten praktisch die Bindungen der Stellenschlüssel in dem neu vorgesehenen § 5 Abs. 4 des BBesG. Die Bundesoberbehörden, die wissenschaftlichen Anstalten des Bundes, die Bundesbank sind ebenso wie die Länderministerien von der Stellenschlüsselbindung des § 5 Abs. 4 nicht erfaßt. *Die Länderverwaltungen werden in den Augen der jungen Juristen damit abgewertet*. Das bedeutet, daß der Juristennachwuchs in Zukunft ohnehin die Justiz und die genannten Bundesbehörden bevorzugen wird.

5. Wenn man glaubt, sich auf Art. 92 GG für eine Besoldungspräferenz der Richter gegenüber den Verwaltungsjuristen berufen zu können, so kann diese *Argumentation auf keinen Fall für Staatsanwälte* gelten. Die Staatsanwälte werden mit den Richtern immer in großer Selbstverständlichkeit in einem Atemzug genannt, *ihnen kommt aber unstreitig nicht die „verfassungsrechtliche Sonderstellung der Richter“ zu*. Sie sind wie die Verwaltungsjuristen weisungsgebunden.

6. Eine Heraushebung der Richterbesoldung kann auch aus einem wichtigen weiteren Grund nicht verantwortet werden. Manchen Gruppen der Verwaltungsjuristen wird zu ihrer üblichen mit den Richtern gleichliegenden Juristenvorbildung eine *zusätzliche hochwertige Sonderausbildung* zuteil, z. B. den *Steuerjuristen über 18 Monate* hin, davon 3 Monate in der Bundesfinanzakademie. Darauf haben im Bundesrat die Ausschüsse für Inneres und Finanzen und insbesondere Finanzminister Wertz von Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Es wäre grotesk, solche zusätzlichen Ausbildungserschwerisse, denen sich bestimmte Gruppen der Verwaltungsjuristen gegenüber den „Nur-Richtern“ unterziehen müssen und die ihrer vollen richterlichen Vorbildung erst den für ihre Exekutivtätigkeit erforderlichen Abschluß geben, mit einem Weniger an Besoldung zu honorieren.

7. *Der höhere Verwaltungsdienst* unterscheidet sich von der rechtsprechenden Richterschaft auch insofern wesentlich, als er mitverantwortlich ist für den Gang der volkswirtschaftlichen Entwicklung und damit für die Aufrechterhaltung unseres ganzen Lebens- und Sozialstandards. *Der Anteil am Bruttosozialprodukt*, der vom Staat unmittelbar dirigiert, gesteuert, investiert wird, steigt ständig. Die Nationalökonomien schätzen diesen Teil auf 40 %, auf weitere 30 bis



Das praktische Kunststoff-Isolierband

Coroplast

„COROPLAST“ FRITZ MÜLLER KG
56 Wuppertal-Barmen · Postfach 565 · Ruf 66 0011

1204

40 % nimmt der Staat mittelbar Einfluß (so der 1967 verstorbene Münchener Universitätsprofessor Preiser). Das bedeutet, daß im Jahre 1966 von einem Bruttosozialprodukt von rund 480 Milliarden DM mindestens *192 Milliarden DM direkt durch die Hand der relativ wenigen Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes* gegangen sind, die damit die gesamte wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik in hohem Maße mit bestimmt haben. Die Verantwortung des Staates für die Verwendung des durch die Hand der Verwaltung laufenden Anteils am Sozialprodukt kann nicht dadurch fragwürdig gemacht werden, daß die höheren Verwaltungsbeamten in der Besoldung hintangesetzt werden. Die Notwendigkeit, jeweils einen angemessenen Teil der Besten und Tüchtigsten aus der nachrückenden Generation für den öffentlichen Verwaltungsdienst zu gewinnen, wird objektiv für die gesamte deutsche Volkswirtschaft immer dringender.

8. Die weitere Verbesserung der Richterbesoldung wird mit der *Behauptung* vertreten, daß die Richter gegenüber den Verwaltungsbeamten wegen des für diese *günstigeren Stellenschlüssels im Nachteil* wären. Diese Behauptung ist *falsch*, sie wird auch nicht dadurch plausibler, daß sie immer wieder vorgebracht wird. Zur Ausräumung dieses hartnäckigen Vorurteils genügt ein Blick in die Haushaltspläne. Der Bericht des Ausschusses für Inneres und Finanzen des Bundesrates stellt nüchtern fest, daß eine genaue Prüfung der Planstellen sogar *günstigere Beförderungsverhältnisse für die Richter* ergäbe.

Wie die Situation in Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz ist, kann man aus der Anlage 2 ersehen. Ähnlich sind die Verhältnisse in den anderen Ländern.

9. Die Besoldungsautomatik bei den Richtern und die Bewährungsbeförderung bei den Verwaltungsjuristen stellt eine eigenartige Begleitmusik der tatsächlichen Verhältnisse dar: *In der Verwaltung muß man sich bekanntlich für jede Beförderung qualifizieren*, in beschränktem Umfang auch für sog. Regelbeförderung, die einige Länder eingeführt haben und die künftig nicht mehr möglich sein soll. Die weniger gut benoteten und beurteilten Verwaltungsbeamten gelangen schon jetzt und mehr noch künftig erst im vorgerückten Alter in die Position eines Oberregierungsrates, über den Oberregierungsrat hinaus gelangen viele während ihres ganzen Berufslebens nie. Demgegenüber würde es zu einer Vertiefung des ohnehin schon zwischen Richtern und Verwaltungsjuristen bestehenden Besoldungsgrabens kommen, wollte man die *Besoldungsautomatik für die Richter*

bis A 15 und A 16 verlängern. Denn die Verwaltungsbeamten könnten – wegen der bindenden Fixierung des Stellenschlüssels mit festen Obergrenzen für alle Laufbahngruppen, auch für den höheren Dienst, im neuen § 5 Abs. 5 BBesG – mit den Richtern über eine Verbesserung des Stellenkegels nicht mehr gleichziehen.

10. Wenn in der Begründung des Gesetzentwurfs (A IV Nr. 2b) die Einführung einer langjährigen Bewährung für die erste Beförderung den Verwaltungsjuristen schmackhaft gemacht wird mit einer *Erhöhung der Anfangsgrundgehälter*, so ist dazu zu sagen: Dieser Hinweis kann nicht verfangen, weil die *Erhöhung der Anfangsgrundgehälter auch für Richter und Staatsanwälte* gilt und überdies, wie in der Gesetzesbegründung (a. a. O.) unmißverständlich gesagt ist, im Ergebnis auch noch *sehr geringfügig* ist.

11. Der bayerische Justizminister Dr. Held hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Kiesinger vom 24. Januar 1968 auf die „staatspolitisch beklagenswerte Unruhe in der Richterschaft“ hingewiesen, die mit der schlechten Besoldung der Richter erklärt wird. Für den höheren Verwaltungsdienst möchten wir auf eine *beginnende Erbitterung in den Reihen der Verwaltungsjuristen* hinweisen, die in der immer stärker in Erscheinung tretenden Besoldungsdisparität gegenüber den Richtern ihren fruchtbarsten Nährboden hat. Eine solche Erbitterung wäre wohl *staatspolitisch nicht weniger beklagenswert als die Unruhe in der Richterschaft*.

III. Forderungen, die die Verwaltungsjuristen erheben müssen, um eine Gleichbehandlung mit den Richtern zu erreichen

Wie dargelegt, kann man zwischen den Richtern und den Verwaltungsjuristen nach Vorbildung, Ausbildung, beruflicher Verantwortung, verfassungsrechtlicher Stellung, staatspolitischer Bedeutung, nationalökonomischem Gewicht keinen prinzipiellen Unterschied machen. Deshalb müssen auch die beruflichen Expektanzen beider Gruppen einigermaßen gleich liegen. Für das Gebiet der Besoldung bedeutet dies in erster Linie, daß die Verwaltungsjuristen zum gleichen Zeitpunkt ihre erste Beförderung erreichen müssen, in dem die Richter automatisch nach BesGr. A 14 gelangen.

Die Verwaltungsjuristen müssen daher fordern, daß *entweder*

eine automatische Durchstufung nach A 14 wie bei den Richtern mit Ablauf der 7. Dienstaltersstufe eingeführt wird und dazu § 5 Abs. 3 BBesG ergänzt wird durch Einfügung der Worte „und Beamte mit der Befähigung zum Richteramt“ jeweils hinter dem Wort „Verwaltungsgerichtsrat“ und in Satz 3 durch Einfügung der Worte „und Beamte mit der Befähigung zum Richteramt“ hinter dem Wort „Richter“;

oder

daß der für den höheren Dienst vorgesehene Stellenschlüssel in § 5 Abs. 5 BBesG geändert wird in 20:50:24:6, wodurch die Stellenanteile für die ersten Beförderungssämter im höheren Dienst so festgelegt würden, daß die Abkürzung der Bewährungszeiten auf etwa 5 Jahre erreicht wäre,

und daß § 5 Abs. 3 Satz 3 ergänzt wird durch Einfügung der Worte „und Beamte mit der Befähigung zum Richteramt“ hinter dem Wort „Richter“.

Sollte es entsprechend der Empfehlung des Rechtsausschusses des Bundesrats dazu kommen, daß für die Richter eine automatische Durchstufung nach A 15 bzw. A 16 eingeführt wird, dann müßte natürlich für die Verwaltungsjuristen auch insoweit die Konsequenz gezogen werden.

IV. Noch einige zum Entwurf des 2. BesNG gehörende allgemeine Gedanken

1. Die *Quotenfestlegung der Beförderungssämter* in § 5 Abs. 4 BBesG hat praktische *Bedeutung nur für etwa 30 % der Landesbeamten*, denn die zahlenmäßig starken Gruppen der Lehrer, der Polizeibeamten, der Richter und Staatsanwälte, der Bundeswehrbeamten sind damit nicht erfaßt. Das kommt fast auf eine Diskriminierung der Verwaltungsbeamten in den Ländern hinaus. Dazu hat Finanzminister Wertz von Nordrhein-Westfalen im Finanzausschuß des Bundesrats und im Bundesratsplenum sein lebhaftes Befremden zum Ausdruck gebracht. Für den höheren Dienst in Nordrhein-Westfalen hätte dies zur Folge, daß 850 Beamte den Bindungen des Gesetzentwurfs unterworfen wären, während rund 33 000 aller Beamten davon ausgespart würden. Entsprechende Zahlenrelationen gelten für die anderen Länder.

2. Die *Ämter der Besoldungsordnung B* müssen im 2. BesNG neu festgelegt werden. Das ganze Besoldungsgefüge ist gestört, wenn die Neuordnung der Besoldungsordnung B, die schon im Rahmen des 1. BesNG vorgesehen war, noch weiter hinausgeschoben wird. So sollten insbesondere die *Ministerialdirigenten nach B 6* übergeleitet und die leitenden Beamten in den Zentralbehörden entsprechend der Verantwortung ihrer Ämter wesentlich mehr als bisher besoldungsmäßig herausgehoben werden. Entsprechendes gilt für die Ministerialdirektoren und Staatssekretäre.

3. Den *jahrzehntelangen Prozeß der Einkommensnivellierung im öffentlichen Dienst*, den das Gutachten des Universitätsprofessors Müller aus Freiburg i. B. vom Oktober 1966 deutlich gemacht hat, kann man in diesem Zusammenhang nicht außer acht lassen. Es muß immer wieder die bittere Feststellung wiederholt werden, daß in einer Zeit beispielloser Wirtschaftsblüte und hoher Steuereinkommen dem öffentlichen Dienst nicht einmal der Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung aller unselbstständig Tätigen gewährt und ein amtlich anerkannter Besoldungsrückstand von mehr als 10 % gegenüber den Tariflöhnen der Wirtschaft zugemutet wird. Für den höheren Dienst ist dabei eine Orientierung an der Entwicklung der Einkommen der entsprechenden freien Berufe, die nach sozialpolitischer Einkommenskonzeption nahegelegen hätte, völlig unterblieben.

München - Berlin - Stuttgart - Hamburg, im März 1968

Für den Gesamtvorstand des Bundesverbandes der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes

Vorsitzender:

gez. Dr. Hartmann
Ministerialrat

stellvertretende Vorsitzende:

gez. Wehlitz Senatsdirektor	gez. Dr. Frenzel Polizeipräsident	gez. Werner Ministerialrat a. D.
	gez. Dr. Heigl Ministerialdirigent	

**Einladung
zu einer Flug- und Schiffsreise nach
USA—Karibische See—Kanarische Inseln
vom 23. 3. bis 20. 4. 1969
für 2300 bis 2700 DM**

Programm:

- 23. 3.: Anreise zum Abflughafen Frankfurt
- 24. 3.: Flug mit Jet nach New York
- 25. 3.: Rundfahrt mit Führung durch New York
- 26. 3.: Busausflug nach Washington
(Rundfahrt mit Führung)
- 27. 3.: Flug nach Niagara Falls mit Besichtigung
- 28. 3.: Vormittags frei in New York
Nachmittags Flug mit Jet nach San Juan
(Porto Rico)
- 29. 3.: Busausflug nach El Yunke (tropischer Urwald)
- 30. 3.: Abends Einschiffung auf MTS „Argonaut“
- 31. 3.: Besuch von St. Croix
(Jungferninseln)
- 1. 4.: Besuch von Martinique
mit Busausflug
- 2. 4.: Besuch von Grenada
- 3. 4.: Besuch von Barbados
- 4. 4. bis 11. 4.: auf See
- } Karibische See
- 12. 4.: Besuch von Las Palmas auf Gran Canaria
mit Busausflug
- 13. 4. bis 14. 4.: auf See
- 15. 4.: Besuch von Tanger und Tetuan (Marokko)
- 16. 4. bis 18. 4.: auf See
- 19. 4.: Ankunft in Napoli – Heimreise mit Schlafwagen
- 20. 4.: Ankunft in den Heimatorten.

Änderungen, die den Charakter der Heimreise nicht beeinträchtigen, bleiben vorbehalten.

Die Anreise nach Frankfurt und die Heimreise von Napoli werden organisiert, sobald die Wohnorte der Reisetilnehmer bekannt sind. Für Reisetilnehmer aus Frankreich können dafür geringe Mehrkosten entstehen.

Teilnehmerpreis:

2400 DM — 2500 DM — 2700 DM für 1 Person in Doppelkabinen (je nach Kabinenlage), 2300 DM je Person bei Kabinenbelegung mit 3 Personen, 3000 DM für Einzelkabinen. *Alle* Kabinen sind geräumige komfortabel ausgestattete Außenkabinen mit 2 Unterbetten, Dusche und WC. Die „Argonaut“ ist ein modernes Luxussschiff von 5000 BRT der griechischen Reederei „Epirotiki Lines“, die auf Luxus-Kreuzfahrten spezialisiert ist; es hat Stabilisatoren sowie Klimaanlage in allen Kabinen, 2 Schwimmbecken sind an Bord. Bei etwa 180 Passagieren ist größte Bequemlichkeit gewährleistet. Das Schiff fährt auf der „Sonnenroute“ weit südlich der Azoren über den Atlantik. Eine Kapelle sorgt für Abendunterhaltung. Ein Arzt ist an Bord.

Der Teilnehmerpreis enthält alle Kosten für Übernachtungen, Verpflegung, Ausflüge, Rundfahrten, Führungen, Trinkgelder (auch die sogenannten freiwilligen Trinkgelder), Flughafengebühren usw. Die Reise wird auf au pair-Basis durchgeführt, also ohne kommerziellen Gewinn; nichtverbrauchte Kostenanteile werden nach Beendigung der Reise zurückerstattet. Als zusätzliche Kosten verbleiben nur die

Der 12. 1. 1968 war für Familie Dehmel ein großer Tag

(weil sie da ihr Telefon bekam)



Das ist im Grunde nichts Außergewöhnliches. Aber Familie Dehmel in Berlin-Frohnau erhielt nun die millionste Anruferinheit, die wir für die Deutsche Bundespost seit 1948 geliefert haben. Darin liegt das Besondere (und wir haben es mit Fam. Dehmel selbstverständlich auch gebührend gefeiert).

Heute sind es schon weit mehr als eine Million Anruferinheiten — allein 1967 waren es über 100 000; 1968 werden es noch mehr als im vergangenen Jahr sein. Dazu kommt unsere umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der Prüf- und Meßgeräte, die wir für die Deutsche Bundespost entwickeln — z. B. Probeverbindungseinrichtungen, Verkehrsbeobachtungs- und Zählvergleichseinrichtungen und das Prüfgerät Nr. 80 für Impulsgröße, Frequenz-, Periodendauer- und Zeitmessung.

De Te We

Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG
1 Berlin 36, Wrangelstraße 100, Ruf 03 11/61 00 41

Ausgaben für Getränke, Ansichtskarten und Andenken.

Benötigt werden: Ein gültiger Reisepaß mit Visum der USA und gültiges Pockenschutzimpfzeugnis.

Allgemeines: Diese Reise wird in einer einzigen Gruppe durchgeführt, führt über mehr als 10 000 Meilen und bietet die einmalige Möglichkeit, die USA und die Karibische See in Verbindung mit einer Flug- und Seereise zu einem erschwinglichen Preise kennenzulernen. In den USA wird der Reiseaufwand wegen der ungünstigen Währungsverhältnisse relativ niedrig gehalten. Alle bedeutenden Sehenswürdigkeiten von New York (u. a. Empire State Building, Rockefeller Center, UNO-Gebäude, St. Patrick's, Wallstreet) und Washington (u. a. White House, Capitol, Arlington, Jefferson Memorial, Lincoln Memorial) werden mit Führung besucht. Auch die Niagara-Fälle werden besichtigt.

Die Reise auf der „Argonaut“ wird sehr komfortabel sein. Die Verpflegung ist hervorragend. 15 Tage auf See bieten viel Erholung, auf der südlichen Route herrscht im April regelmäßig warmes Sonnenwetter. An den wundervollen Stränden der karibischen Inseln kann täglich gebadet werden, ebenso wie in den beiden Schwimmbecken an Bord.

Anmeldungen werden umgehend mit Postkarte an OPDir Dr. Keßler, 2 Hamburg 1, Postamt 3, erbeten, der unter 0411/24 62 19 gern weitere Einzelheiten mitteilt. Der Teilnehmerpreis wird in monatlichen Teilbeträgen von 250 DM auf das Postscheckkonto OPDir Dr. Keßler, Postscheckamt Hamburg 305 58, erbeten. Alle Kollegen, sowie deren Verwandte und Freunde sind zur Teilnahme an der Reise eingeladen. Übrigens werden für diese vierwöchige Reise nur 21 Urlaubstage benötigt.

Wegen der außergewöhnlichen Planungsarbeiten werden die Interessenten gebeten, sich umgehend zu melden.

Mit kollegialen Grüßen
Dr. Keßler

Die Reise ist bis auf wenige Plätze ausgebucht. Um die Vorbereitungsarbeiten abschließen zu können, werden Interessenten gebeten, ihre Nachmeldung an die angegebene Anschrift umgehend aufzugeben. Die Reise wird nach diesem großartigen Buchungserfolg bestimmt durchgeführt werden.

Staatssekretär Dr. Sautter

Ministerialdirektor a. D. Dr. Lapp

In einem Begleitschreiben an den Herrn Schriftleiter dieses Nachrichtenblattes zu meinem im Heft 5 vom Oktober 1967 erschienenen Artikel „Ein Original“ *) hatte ich angeregt, berichtenswerte postalische Erlebnisse in diesen Blättern zu veröffentlichen. In diesem Sinne möchte ich einiges von unserem sehr verehrten, langjährigen Staatssekretär Dr. Sautter erzählen, der im Jahre 1960 im Alter von 88 Jahren verstorben, jahrzehntelang unter zahlreichen Ministern der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht gewesen ist und unserer Verwaltung lange seinen Stempel aufgedrückt hat.

Als Herr Minister Schuberth im Jahre 1949 in der Villa Mumm in Frankfurt, in der Teile des BPM untergebracht waren, einen festlichen Empfang zu Ehren des 25jährigen Jubiläums von Herrn Dr. Sautter als Staatssekretär (!), eines immerhin seltenen Ereignisses, gab und die offiziellen Reden verklungen waren, erhob ich mich, um meine erste Begegnung mit dem Jubilar zu schildern; sie sei hier wiedergegeben:

Ich war im Jahre 1926 „beigeordneter Postdirektor“ – wir nannten es damals scherzhaft mit politischem Beigeschmack abgekürzt „u.s.P.D.“ – beim PA Kiel 1, als der Besuch von StS Dr. Sautter aus dem RPM angesagt wurde. Das war damals eine aufregende Sache. Nach Erledigung der den ganzen Tag ausfüllenden Besprechungen traf man sich abends im Ratskeller. Bald nach Mitternacht flüsterte mir der

Vorsitzende der Bezirksgruppe zu, wir wollten noch im kleineren Kreis mit dem StS zusammenbleiben – eine Aufforderung, die ich als der weitaus Jüngste zu schätzen wußte. Dr. S. war kein Spielverderber, und so machte er selbst, wenn ich nicht irre, den Vorschlag, er wolle als Süddeutscher mal den norddeutschen Grog kennenlernen. Dazu bot sich in Kiel natürlich reichlich Gelegenheit, und so zogen wir, zuletzt in der Hafengegend, durch mehrere Kneipen, die nicht immer first class, aber zünftig waren. Als wir im grauen Morgen auseinander gingen, sagte mit der Vorsitzende, OPR Holst, heimlich, daß er mir riete, trotz der vorgerückten Stunde pünktlich an meinem Arbeitsplatz zu sein, da Dr. S. manchmal die Gepflogenheit hätte, pünktlich zu Beginn der Arbeitszeit zu erscheinen. Ich setzte mich also nach kurzem Schlaf und mit schwerem Kopf am Morgen auf mein Fahrrad – das war damals durchaus kommentmäßig – und fuhr von meiner Wohnung in Düsternbrook, Forstweg, Ecke Beselerallee, zu meinem Dienstzimmer im PA 1, das auf die inzwischen verschwundene Jensenstraße hinausging. Sehr bald erschien Dr. S., um sich von mir die Schalterbesetzung vorführen zu lassen. Man mußte auf sehr ins einzelne gehende Fragen Bescheid zu geben wissen!

Eine ähnliche Situation erlebte ich 23 Jahre später bei einer der ersten Präsidentenbesprechungen nach dem 2. Weltkrieg in Schwetzingen. Wir hatten einen arbeitsreichen Tag hinter uns, als der StS noch das Bedürfnis empfand, mit uns „ein Viertele“ zu trinken. Er war bekannterweise recht seßhaft und aus dem einen Viertele wurden mehrere. So kam ich nicht in mein Hotel hinein – Nachtportiers gab es damals in dem kleinen Ort noch nicht. Ich konnte von Glück

*) 2 kleine Berichtigungen hierzu, auf die ich von kollegialer Seite hingewiesen bin: MinDir Orth war vorher Präsident in Kssl und Hmb. – MinDir Ziegler war nicht General- sondern Heeresfeldpostmeister.

sagen, daß sich in meiner Begleitung der damalige Präsident der OPD Köln, Baumhoff, befand, in dessen Zimmer in einem anderen Hotel sich eine Couch befand, auf der ich nächtigte. Als wir uns am nächsten Morgen pünktlich zur Arbeit zusammenfanden und ich Herrn Dr. S., der bis zum Schluß mit dabei gewesen war, fragte, ob es ihm gut bekommen sei, erhielt ich die fast unwillig klingende Antwort: „Glauben Sie, ich vertrage das nicht mehr?“

Eines Tages kamen wir zusammen in das damalige Haus des BPM in der Gallusanlage in Ffm. Beide gingen wir das Treppenhaus hinauf, und Dr. S. sagte: „Den Aufzug überlassen wir den jungen Damen!“ Ich habe ihn oft auf der Treppe, niemals im Fahrstuhl getroffen. Als das Fernmeldehochhaus in Ffm im Bau war, bin ich einmal mit ihm bis zum 10. Stockwerk hinaufgeklettert, obwohl noch keine Geländer im Treppenhaus vorhanden waren: er war damals 79 Jahre alt!

Eine Episode, die ich zwar nicht selbst erlebt habe, die mir aber von vertrauenswürdiger Seite geschildert

worden ist. Die Adrema war bei der DRP neu eingeführt und sollte u. a. in Dssd 1 erprobt werden. Dr. S., stets novarum rerum cupidus, wollte sie sich, aus anderem Anlaß in Dssd, dort ansehen. Der stellvertretende AV, Postdirektor D., der ihn führte, war ein nicht in allen postalischen, aber in vielen anderen Sätteln gerechter Mann, der sich gewandt aus unangenehmen Situationen zu ziehen wußte. Von der Adrema verstand er wenig; er verabschiedete sich daher während des Rundganges, um sich zu orientieren. Als er sah, daß dies k. H. nicht möglich war, sagte er Dr. S., daß die Maschine leider in Reparatur sei. Der StS sah den PD D. lange und bedeutungsvoll an und – sagte nichts: er kannte seine postalischen Pappenheimer!

Mögen andere Kollegen an dieser Stelle berichtenswerte postalische Erlebnisse erzählen, etwa Ministerialrat a. D. Dr. Breithaupt – 160. Semester –, der kürzlich dem Herrn Minister in Würzburg beim 75-jährigen Jubiläum des Posttöchterhorts sagen konnte: „Sie sind der 13. Postminister, dem ich die Hand geben darf!“

Einhundert Jahre Oberpostdirektion Frankfurt am Main

Die Oberpostdirektion Frankfurt am Main blickt in diesem Jahr auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück. Ihre Gründung fiel in eine bewegte Zeit. Preußen hatte 1866 in der Schlacht bei Königgrätz den Krieg gegen die Österreicher und ihre Verbündeten gewonnen. Die Freie Reichsstadt Frankfurt verlor ihre jahrhundertealte Selbständigkeit und wurde preußisch. Das bedeutete für das Postwesen, daß die Generalpostdirektion der Thurn-und-Taxisschen Lehenspost in eine Königlich-Preußische Oberpostdirektion umgewandelt wurde. Zur gleichen Zeit entstanden preußische Oberpostdirektionen in Kassel und Darmstadt. Der Bezirk der Oberpostdirektion Frankfurt hat in seiner räumlichen Ausdehnung mehrfach Wandlungen erfahren. Im Jahre 1880 umfaßte er rund 6000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 790 000 Menschen. Die Stadt Frankfurt hatte damals 136 819 Einwohner. Dann erfuhr er zweimal einen erheblichen Zuwachs, als nämlich im Jahre 1934 die Oberpostdirektion Darmstadt aufgehoben wurde, die das Postwesen im Gebiet des ehemaligen Großherzogtums Hessen leitete, und als 1943 die damalige Reichspostdirektion Kassel zu bestehen aufhörte und das Gebiet des Regierungsbezirks Kassel in postalischer Hinsicht Frankfurt unterstellt wurde. Damit umfaßte der Frankfurter Bezirk nun eine Fläche von 24 000 Quadratkilometern mit einer Einwohnerzahl von mehr als vier Millionen Menschen.

Nach dem zweiten Weltkrieg führte die eigenständige Entwicklung der einzelnen Besatzungszonen zum erstenmal zu Gebietsverlusten. Das linksrheinische Rheinhessen, das zur französischen Besatzungszone gehörte, wurde anderen Oberpostdirektionen zugeteilt. Das gleiche Schicksal traf die Landkreise Sankt Goarshausen, Unterlahn, Ober- und Unterwesterwald. Seither deckt sich der Bezirk der Oberpostdirektion Frankfurt in seiner räumlichen Ausdehnung im wesentlichen mit den Grenzen des Landes Hessen.

Das Geburtshaus der Frankfurter Oberpostdirektion stand auf der Zeil, dort, wo auch heute noch ein postalisches Zentrum von Bedeutung für das ganze Bundesgebiet steht. Im April 1907 bezog die Oberpostdirektion mit 241 Bediensteten einen Neubau im Stile des modernen Barock im Westen der Stadt gegenüber dem Messegelände. Dieses Gebäude ist heute den Anforderungen nicht mehr gewachsen, so daß weitere Gebäude angemietet werden mußten. Hat die Bezirksverwaltung doch heute einen Personalbestand von rund 1700 Bediensteten.

Der Post- und Fernmeldedienst hat in seiner 100-jährigen Geschichte in Hessen einen gewaltigen Aufschwung erfahren, obwohl aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus immer wieder Rückschläge hingenommen werden mußten. Besonders hervorzuheben ist der steile Wiederaufstieg aus der völligen Zerstörung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Alliierten hatten nach der Besetzung des Landes zunächst jegliche Nachrichtenübermittlung verboten. Zugleich traten strenge Überwachungsmaßnahmen in Kraft, die nur allmählich gelockert wurden.

In den ersten Nachkriegsjahren stellten sich der Wiederaufnahme eines geordneten Post- und Fernmeldewesens nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Gebäude, technische Einrichtungen und Fahrzeuge waren unbrauchbar. Das Material zur Reparatur konnte nicht in genügender Menge beschafft werden, zumal sich die Post als Behörde nicht an den damals üblichen Kompensationsgeschäften beteiligen konnte. Dazu kam, daß der Krieg große Lücken in die Reihen der Fachkräfte gerissen hatte, und daß Tausende aus politischen Gründen entlassen werden mußten.

Die Militärbehörden gestatteten zunächst nur einen Briefverkehr zwischen Behörden. In der Stadt Frankfurt nahm ein Ämterbotendienst mit vier Fahrrädern

seine bescheidene Tätigkeit auf. Er beförderte Ende Mai 1945 täglich 1500 Sendungen. Im Juli 1945 wurde der private Postkartenverkehr freigegeben, zunächst allerdings nur im Bereich des Annahmepostamts, später innerhalb eines Landkreises. In zahlreichen hessischen Städten und Dörfern wurden von den Gemeinden in Selbsthilfe Fahrbereitschaften und Kurierdienste eingerichtet.

Gleichzeitig mit dem fortschreitenden Wiederaufbau des Eisenbahnnetzes wurde der Postverkehr zunächst innerhalb der Länder und ab Oktober 1945 innerhalb der gesamten US-Zone gestattet. Die verschiedenen postalischen Versendungsarten wurden bald wieder zugelassen und der Postverkehr auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, später auf alle vier Besatzungszonen einschließlich Berlin ausgedehnt.

Heute ist der Wiederaufbau im wesentlichen abgeschlossen und der Post- und Fernmeldebetrieb auf der Höhe seiner Zeit, wenn man von einem noch erheblichen Bedarf auf dem Gebiete des Bauwesens absieht.

Es besteht ein enges Netz von Bahnpostverbindungen sowohl im Bezirk als auch im ganzen Bundesgebiet. Wichtige Postzüge auf der Strecke Frankfurt-Basel sind zur Vorbereitung und Beschleunigung des Postausstauschs mit Funksprechgeräten ausgestattet. In modernen Bahnpostwagen mit einer Besatzung bis zu 20 Mann und einer dem Arbeitsablauf genau angepaßten Einrichtung wird die Post während der Fahrt verteilt. Sogenannte Rollplatten, mit denen ganze Stapel von Briefbeuteln auf einmal ein- oder ausgeladen werden können, beschleunigen die Abfertigung während der nur kurzen Haltezeiten der D-Züge auf den großen Bahnhöfen.

Seit 1950 arbeitet auf dem Flughafen Frankfurt am Main eine große Dienststelle, die Luftpost bearbeitet und umschlägt. 1965 wurden täglich 53 Luftpostversande nach dem Inland und 264 Versande nach dem Ausland gefertigt. Sie enthielten insgesamt rund 600 000 Sendungen je Tag.

Mit dem Frankfurter Flughafen als Drehscheibe wurde am 1. September 1961 ein deutsches Nachtluftpostnetz eingerichtet. Zweck des Nachtluftpostnetzes ist es, die Beförderungszeiten über große Entfernungen zu verkürzen. Das Gewicht der Postsendungen, die über das Nachtluftpostnetz befördert werden, stieg von anfänglich 15 Tonnen auf heute 40 Tonnen pro Nacht.

Als Ergänzung zu dem soeben erwähnten Beförderungssystem werden seit 1965 Briefe und Postkarten aus der Bundesrepublik nach dem europäischen Ausland ebenfalls auf dem Luftweg ohne besonderen Luftpostzuschlag geflogen.

Der Postscheckdienst wurde im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in steigendem Maße in Anspruch genommen. Beim Postscheckamt Frankfurt am Main stieg die Zahl der Konten von 115 000 im Jahre 1949 auf 274 000 im Jahre 1965. Noch erstaunlicher sind die Umsatzzahlen. Einem Gesamtumsatz von 36 Milliarden DM im Jahre 1950 steht ein solcher von fast 200 Milliarden DM im Jahre 1965 gegenüber. Heute ist man dabei, die Bearbeitung der Postscheckkonten mit Hilfe von Datenverarbeitungsmaschinen zu reorganisieren. Der Fernmeldedienst steht nicht nur im Zeichen eines steilen Verkehrsanstiegs, sondern auch einer schnel-

len Modernisierung, wozu in erheblichem Maße die Leistungen der deutschen Fernmeldeindustrie beigetragen haben.

Zunächst wurden alle Handvermittlungsstellen in Hessen durch Wählvermittlungen ersetzt. Die letzte Handvermittlungsstelle wurde 1959 in Laubach in Oberhessen geschlossen. Im Zuge der Weiterentwicklung wurden in den Wählämtern moderne Motorwähler eingebaut. Der nächste Schritt führte zur Einschaltung einer halbelektronischen Versuchsvermittlungstelle in Frankfurt-Eckenheim. Anstelle der seither üblichen sich bewegenden Bauelemente, die der ständigen Abnutzung unterliegen, werden nur noch sehr wenige Teile verwendet, die sich bewegen. Diese Teile aber sind von der Außenwelt abgeschlossen und von Schutzgas umgeben. Man erwartet, daß die neue Technik größere Betriebssicherheit, höhere Übertragungsgüte und geringeren Pflegebedarf garantiert.

Sofern ausländische Teilnehmer nicht oder noch nicht im Selbstwählferndienst erreichbar sind, wählen im Auslandsdienst die Vermittlungskräfte, die ein Gespräch annehmen, heute den gewünschten Teilnehmer im fremden Fernsprechnet ohne Mitwirkung einer weiteren Vermittlungsstelle unmittelbar an.

Für den Verkehr nach USA stehen neben den Funklinien vier Transatlantikkabel zur Verfügung. Vor vier Jahren wurde der halbautomatische Betrieb nach USA und Kanada aufgenommen.

Kostensenkung für Bausparverträge beim Beamtenheimstättenwerk

Beim Beamtenheimstättenwerk, der gemeinnützigen Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, gelten auch im Jahre 1968 und weiter – solange es die Ertragslage gestattet – die folgenden Kosten- und Zinsbedingungen:

1. $4\frac{1}{2}$ v. H. Zinsen jährlich für Zuteilungsdarlehen an Stelle der in den Bausparbedingungen vorgesehenen 5 v. H. jährlich.
2. 30 v. H. Prämienrückgewähr für die Risikolebensversicherung.
3. Günstige Zinssätze für vorzeitige Darlehen.
4. Die folgenden Gebühren werden bis auf weiteres *nicht* erhoben:
 - a) Bearbeitungsgebühr für vorzeitige Darlehen;
 - b) Verwaltungsgebühren und Zinszuschläge für vorzeitige Darlehen;
 - c) Vermittlungsgebühr für I. Hypotheken;
 - d) Bearbeitungsgebühr für Wohnungsbauprämien-Anträge;
 - e) Gebühr für Teilung eines Vertrages.

Bausparguthaben werden beim Beamtenheimstättenwerk nach wie vor unverändert mit 3 v. H. jährlich verzinst.

Eine neue interkontinentale Sprechmöglichkeit ergab sich 1965 durch den Einsatz des Fernmeldesatelliten „Early Bird“.

Der Fernschreibdienst hat in der letzten Zeit eine Bereicherung durch die Einführung besonderer Datenübertragungsgeräte erfahren, mit welchen die Firmen Datenangaben zwischen ihren Geschäftsstellen schneller und billiger übermitteln können, als das im Fernschreibdienst der Fall ist.

Bei allem, was auf den verschiedenen Gebieten des Post- und Fernmeldewesens bisher geleistet worden ist, darf nicht übersehen werden, daß noch große Aufgaben in naher Zukunft zu bewältigen sind. Die Probleme liegen dabei zu einem großen Teil auf dem Gebiet des Bauwesens. So hat der große Komplex von Postgebäuden an der Zeil dem Betrieb in Frankfurt nur zu einem Teil geeignete Räume geschaffen. Es befinden sich noch drei große Postämter in der Nähe des Hauptbahnhofs, die dringend einer besseren Unterbringung bedürfen. Ein besonderer Planungsstab ist damit beschäftigt, ein neues postalisches Zentrum in dieser Gegend zu schaffen. Mit diesen Vorhaben und vielen anderen Planungen bemüht sich die Oberpostdirektion, der Bevölkerung Hessens auch in Zukunft einen leistungsfähigen Post- und Fernmeldebetrieb zur Verfügung zu stellen.

Buchbesprechung

Dr. Gerhard Lindner:

Der Postbeförderungsdienst

Dr. Martin Lang, Karlsruhe

Immer wieder wird die Frage erörtert, ob die Bundespostverwaltung in ihrem höheren Dienst die sogenannten Juristen zu stark herangezogen hat. Die Waage neigt sich heute stärker als früher den Betriebs- und Volkswirten zu. Man glaubt, sie brächten gute Voraussetzungen und besonderes Verständnis für die große Aufgabe der Zukunft mit, Betrieb und Verwaltung durch Ausnutzen der fortschreitenden Technik zu modernisieren. Die Verfechter dieser Auffassung stehen vielfach außerhalb der Deutschen Bundespost, was das Gewicht ihrer Meinung nicht gerade verstärkt. Sie übersehen vor allem, daß sich jeder Beamte, mag er Jurist, Techniker, Volkswirt oder Betriebswirt sein, im Laufe seiner Tätigkeit bei der Bundespost von dem Fachgebiet seines Studiums in mehr oder weniger großem Maße entfernt. Jeder wird infolge der von ihm zu bewältigenden Aufgaben zum „Postler“, d. h. zu einem Post-

betriebs- oder Verwaltungsfachmann, dessen Berufsstatus mehr von der gestellten Aufgabe und seiner beruflichen Umgebung als von dem Studium bestimmt wird, das er in jungen Jahren absolviert hat. Mit dieser Feststellung, die wohl die Mehrzahl der älteren und erfahrenen Kollegen anerkennen wird, verliert die Frage nach der Vorbildung ganz wesentlich an Gewicht. Eine Folgerung ist aber aus ihr zu ziehen: Solange es kein eigenes „Poststudium“ gibt – und der Gedanke daran gehört ins Reich der Utopie –, ist die Weiterbildung aller jungen Beamten von außerordentlicher Bedeutung. Hierauf wird immer wieder hingewiesen, und es werden viele Anstrengungen gemacht, die jüngeren Kollegen nicht nur zu eigener Weiterbildung zu ermuntern, sondern sie auch durch Einrichtungen und Veranstaltungen vieler Art an die Probleme heranzuführen. Es braucht nur das Stichwort Verwaltungsakademie genannt oder an den bayerischen Kursus für eine Verwaltungselite erinnert zu werden. Entscheidend wird aber immer die Eigenständigkeit des Betreffenden bleiben; die Verwaltung kann schließlich nicht jeden einzelnen an die Hand nehmen und ihm ständig das Neueste beibringen. Die eigene Mitarbeit an der Weiterbildung setzt voraus, daß gutes und neuzeitliches Material für die Wissenserweiterung zur Verfügung steht.

In diesem Zusammenhange ist die Neubearbeitung des Postbeförderungsdienstes aufs wärmste zu begrüßen, die aus der Feder von OPDir Dr. jur. (sic!) G. Lindner kommt und vor kurzem im Damm-Verlag erschienen ist. (Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst, Band 47, Der Postbeförderungsdienst unter besonderer Berücksichtigung des Bahnpostdienstes.) Auf den Inhalt der Neubearbeitung, die sich von dem alten Band Bahnpostdienst wesentlich unterscheidet, soll kurz eingegangen werden, wenige Worte genügen. Der Leser findet in recht übersichtlicher Darstellung treffende allgemeine Ausführungen, in denen die Beförderungsmittel, die Grundsätze für ihren Einsatz und der organisatorische Aufbau des Beförderungsdienstes dargestellt werden. Dem Bahnpostdienst selbst ist ein beträchtlicher Teil des Werkes gewidmet, der Leser kann sich schnell einen Überblick verschaffen, sich aber auch über Einzelheiten der Dienstabwicklung und zahlreiche technische Dinge informieren.

Abbildungen der Begleitpapiere, der Verbindenzettel und Fahnen, technische Zeichnungen von Bahnpostwagen und Arbeitsflußdiagramme machen die Dar-

Beilagenhinweis

Wir verweisen auf den dieser Ausgabe des Nachrichtenblattes beigefügten Prospekt des Beamtenheimstättenwerkes „Bausparen nach Maß“.



ein Vollkaffee
edel und bekömmlich

Jede Mischung Heimbs Kaffee ist »aerotherm« geröstet. Bei vollem Coffeingehalt ist Heimbs Kaffee hocharomatisch und mild, für viele Magen-, Darm-, Leber- und Stoffwechsel-Empfindliche und für viele Herz- und Kreislauf-Leidende besonders bekömmlich.

stellung besonders praxisnah. Auch der wenig bekannte Auslandsdienst wird deutlich gemacht.

Etwas kürzer ist die Postbeförderung auf Straße, Wasserweg und Luftweg ausgefallen.

Ein besonderer Hinweis soll noch für den Abschnitt gegeben werden, der sich mit der Bearbeitung der verschiedenen Sendungsarten befaßt. Mehrfach konnte beobachtet werden – auch hier rechne ich mit der Zustimmung der älteren Kollegen –, daß der eigentliche Postbetriebsdienst mit dem Zusammenspiel seiner verschiedenen Sparten allen Anfängern des höheren Dienstes, gleichgültig welche Vorbildung sie mitbringen, zunächst erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Das ist keineswegs verwunderlich, denn während des Studiums erfahren sie von diesen Dingen nichts. Insoweit muß jeder von vorne anfangen, und das wird wohl allen sauer, die bis dahin angenommen hatten, für ihren Beruf schon gerüstet zu sein. Hier

kann das besprochene Werk erhebliche Dienste leisten. Die beförderungsmäßigen Zusammenhänge innerhalb des Gesamtbetriebes, die zunächst so verworren und unübersichtlich erscheinen, werden hier übersichtlich und prägnant dargelegt. Organisation und Arbeitsablauf werden bei allen behandelten Sendungsarten einzeln und leicht durchschaubar beschrieben. Der Verfasser hat auch Auszüge aus den wichtigsten Gesetzen und Verordnungen einschließlich der zahlreichen Vereinbarungen mit der Bundesbahn angefügt. Wer sich schnell unterrichten will oder gar Vorträge über Fragen des Beförderungsdienstes zu halten hat, kann sich das lästige Heraussuchen der einschlägigen Bestimmungen aus vielen, weit verstreuten Fundstellen nunmehr ersparen.

Das Werk ist erfreulicherweise in Loseblattform erschienen, es wird nach Versicherung des Verfassers ständig auf dem Laufenden gehalten werden.

Neuerscheinung

Im Rahmen der Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst gelangt zur Auslieferung:

Heinrich Ochs, VDI, Technischer Fernmeldeoberamtmann

Grundzüge der Linientechnik

Einführung und Überblick

Umfang: 472 Seiten mit nahezu 400 Abbildungen und zahlreichen Tafeln

Ganzleinenband im Format DIN A 5

Preis DM 42,-

Mit diesem als Band 12 der Fachbuchreihe erschienenen Werk wird eine Veröffentlichung vorgelegt, die einen zusammenfassenden Überblick über das umfangreiche Gebiet der Linientechnik ermöglicht. Es entstand mit Unterstützung der für die einzelnen Sachgebiete zuständigen Bearbeiter beim Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt sowie durch bewährte Kräfte des praktischen Fernmeldebaudienstes. Das Buch wird von maßgeblichen Fachleuten bestens bewertet und als Standardwerk für den gesamten Linienbau bezeichnet. Mit ihm wird eine fühlbare Lücke in der diesbezüglichen Fachliteratur geschlossen.

DAMM-VERLAG KG 3380 Goslar Postfach 87 Telefon (0 53 21) 2 36 06
